

MÜLHEIMPLAN 2014 - 2020



www.spdmh.de

Ihre

Stimme

**FÜR MÜLHEIM.
UNSERE HEIMAT.**

Mülheim weiter besser machen.

INHALT

Grußwort der Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld	5
Vorwort von Lothar Fink	6
Einleitung	8
Unsere Stadt – in Europa, Mehr Europa wagen	10
Unsere Stadt – in Deutschland	12
Unsere Stadt – in NRW – in der Metropole Ruhr	13
Soziale Stadt	15
Die familien- und generationengerechte Stadt	20
Integration/Inklusion	25
Demografische Entwicklung als Chance nutzen	27
Bildung	28
Stadt der Arbeit und Wirtschaft	35
Kommunale Energiepolitik und energetische Stadtentwicklung	39
Stadtentwicklung und Umwelt	42
Prima Klima – Der blaue Himmel über der Ruhr	44
Mobilität stadtverträglich sichern	45
Kultur	49
Mülheim an der Ruhr – Die familienfreundliche Sportstadt	51
Mülheim an der Ruhr – Sparen ja, aber mit Augenmaß	54
Index	56

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist wieder soweit. Ein neuer MülheimPlan liegt vor – er nimmt die Jahre 2014 bis 2020 in den Blick und schreibt fort, was seit mehr als 40 Jahren Grundlage und Markenzeichen für sozialdemokratisch gestaltete und verantwortete Politik für und in Mülheim ausmacht.

Als direkt gewählte Oberbürgermeisterin unserer schönen Stadt bin ich sehr froh darüber, dass die SPD in Mülheim die Tradition als „Programm-Partei“ erfüllt und aktiv wahrnimmt. Und dass sie dabei Bürgern und Bürgerinnen schon seit Jahren die Möglichkeit eröffnet, an den Zukunftsplänen / den MülheimPlänen mitzuschreiben, begrüße ich besonders als ein dauerhaftes Bekenntnis zu einem partizipativen Demokratieverständnis.



Dagmar Mühlenfeld,
Oberbürgermeisterin für
Mülheim

Aber nicht nur für Bürger und Bürgerinnen, die vor einer Wahlentscheidung stehen, sind klare und schriftlich fixierte politische Handlungspläne und Zielbeschreibungen wichtig und hilfreich.

Auch die Arbeit der politischen Gremien Rat, Bezirksvertretungen und Ausschüsse und die Ausführungsarbeit der Verwaltung profitieren davon.

Nicht zuletzt stellen die MülheimPläne der jeweils zurückliegenden Jahre eine interessante Dokumentation dessen dar, was bei der Begegnung von politischer Zukunftsplanung mit politischer Handlungsrealität als Ergebnis herausgekommen ist.

Ich wünsche allen Lesern und Leserinnen eine anregende und für ihre Wahlentscheidung hilfreiche Lektüre.

Ihre

Dagmar Mühlenfeld

VORWORT

Der MülheimPlan zeigt Ihnen was Mülheimer Sozialdemokraten in den nächsten 6 Jahren für unsere Stadt umsetzen wollen.

Daran können Sie uns erinnern. Wir versprechen nicht nur, sondern wir halten auch unsere Versprechungen.

Dafür brauchen wir allerdings Ihre Unterstützung bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014. Damit die SPD künftig über eine gestalterische Mehrheit im Rat der Stadt und den Bezirksvertretungen verfügt. Daher kommt es auf Ihre Stimme an.

Der vorliegende MülheimPlan zeigt auf, wie wir die Rahmenbedingungen unserer Stadt sehen und welche Lösungen wir vorschlagen. Wir haben an uns den Anspruch Ihnen eine Landkarte für die nächsten Jahr zu präsentieren – dies tun wir nunmehr als einzige Partei in Mülheim an der Ruhr seit über 50 Jahren.

Wir wissen, dass die europäische Gesetzgebung für kommunale Politik ebenso wichtig ist, wie auch die Beschlüsse im Bund und Land. Hier nehmen wir unsere Abgeordneten im Deutschen Bundestag und im Landtag von Nordrhein-Westfalen in die Pflicht, um für eine solidere Finanzausstattung auch unserer Stadt Sorge zu tragen.

Am 25. Mai sind auch die Wahlen zum Europäischen Parlament. Mit Jens Geier schicken wir einen Abgeordneten nach Straßburg, der schon vielen Jahre bewiesen hat, dass er die Interessen des Ruhrgebietes und damit auch die der Menschen in Mülheim an der Ruhr engagiert vertritt. Geben Sie der SPD daher auch Ihre Stimme bei der Europawahl. Die SPD steht für ein Europa der Regionen und damit für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Unsere Oberbürgermeisterin engagiert sich auf allen Ebenen für unsere Stadt. Ob in Europa, im Präsidium des Deutschen Städtetages oder in den Gremien beim RVR. Sie engagiert sich mit der SPD für die Fortentwicklung unserer Stadt. Ruhrbania und die Ansiedlung der Hochschule sind dabei zwei herausragende Beispiele erfolgreicher Politik.

Für die Zukunft wollen wir die generationengerechten und familienfreundlichen Stadt Mülheim an der Ruhr weiterhin voranbringen. Wir wollen, dass alle Politikbereiche sich an diesem Ziel orientieren und machen es somit zum „roten Faden“ unseres Handelns. Nur dann wird es uns gelingen den Weg einer inklusiven Stadtgesellschaft weiter zu entwickeln. Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationsgeschichte, Alte und Junge, für alle werden wir die Weiterentwicklung unserer Stadt betreiben.

Unser MülheimPlan 2014-2020 zeigt Ihnen nun auf, was wir in den nächsten Jahren verändern und fortentwickeln wollen. Er ist entstanden im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und Fachleuten aus verschiedenen Bereichen.

Diesen Dialog werden wir Sie auch in Zukunft fortsetzen.

Bleiben Sie mit uns im Gespräch! Das gilt nicht nur vor der Wahl, wir sind immer an ihrer Meinung und ihren Vorschlägen interessiert, um diese dann in die Entscheidung mit einfließen zu lassen.

Gerade weil die finanziellen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren nicht einfacher werden, braucht Mülheim an der Ruhr stabile Mehrheiten im Rat. Für eine solide und auf die Zukunft gerichtete Politik in Mülheim an der Ruhr steht die SPD mit Ihren Frauen und Männern im Rat und den Bezirksvertretungen .

Unterstützen Sie uns bei unserem Engagement für unsere Stadt Mülheim an der Ruhr.

Ihr

Lothar Fink
Vorsitzender

EINLEITUNG

2014 ist für die Mülheimer Sozialdemokratie ein besonderes Jahr. Denn nach den wenigen überlieferten Berichten über ihre eigene Frühgeschichte feiert sie in diesem Jahr ihren 150. Geburtstag. Keine andere politische Bewegung verfügt über eine so lange und in der Sache bruchlose Geschichte und Tradition.

Daher rührt auch ein Teil der besonderen Verpflichtung, die die Mülheimer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für das Wohl unserer Stadt und der hier lebenden Menschen empfinden. Gerade deshalb ist es gute Tradition für die Mülheimer Sozialdemokratie, anlässlich jeder Kommunalwahl einen „MülheimPlan“ zu erarbeiten. Ein solcher „MülheimPlan“ ist Landkarte, Kompass, Rechenschaftsbericht und Selbstverpflichtung in einem. Sein Maßstab ist das Wohl der Stadt Mülheim und ihrer Menschen. Der MülheimPlan war stets Zukunftslandkarte, er gab und gibt Antworten auf die Frage, wohin Mülheim steuern sollte.

Nicht jede Antwort, die wir in unserer langen Verantwortungsgeschichte für diese Stadt gegeben haben, war richtig. Nicht jede Prognose hat sich bewahrheitet. Doch im Großen und Ganzen ist es der Stadt mit der SPD gut ergangen. Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die unsere Stadt Mülheim vorangebracht und Verantwortung übernommen haben. Darauf können wir heute stolz sein. Denn wenn es darauf ankam, wenn die Probleme groß, ja manchmal unüberwindbar schienen, haben sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nie gedrückt. Im Wissen um die reiche und stolze Tradition und Geschichte unserer Partei auch in Mülheim sagen wir: Mülheim ging es immer dann gut, wenn es von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert wurde.

Unser Anspruch ist, dies auch in den kommenden sechs Jahren zu tun. Der vorliegende MülheimPlan zeigt, wohin es gehen soll. Er ist entstanden auch im Dialog mit der Stadt und ihren Menschen. So gesehen ist er kein klassisches Wahlprogramm, sondern ein Dokument, das von gelebter Verantwortung für unser Gemeinwesen zeugt. Damit stehen wir in Mülheim in bald 150-jähriger Tradition. Jede Zeit, so heißt es, braucht ihre eigenen Antworten. Unsere finden sich auf den folgenden Seiten.

Doch die Leitlinie unserer Politik ist seit nunmehr 150 Jahren unverändert: Es geht stets um Gerechtigkeit – bei der Teilhabe am materiellen Wohlstand, bei der Gewährung von Bildungschancen und bei der Sicherung unseres Lebensraumes für kommende Generationen. Stets waren wir die Partei der Emanzipation. Wir haben schon für die Gleichberechtigung der Frauen gekämpft, als dies noch kein anderer tat. Es war eine Sozialdemokratin, die nach langen politischen Auseinandersetzungen als erste Frau in einem frei gewählten deutschen Parlament das Wort ergreifen konnte: Marie Juchacz, die spätere Gründerin der Arbeiterwohlfahrt.

Liegt Ihnen all dies auch am Herzen? Dann sind Sie bei uns richtig!

UNSERE STADT – IN EUROPA

Mehr Europa wagen

Mülheim an der Ruhr ist eine Stadt der vielen Nationen. Bei uns leben Menschen aus mehr als 130 Ländern.

Mülheimer Unternehmen unterhalten Wirtschaftsbeziehungen in eine Vielzahl von Ländern. Viele haben Niederlassungen rund um den Erdball. Das Gesicht der Gründer- und Unternehmerstadt Mülheim war schon immer und ist ein Internationales. Das lässt sich auch am Sitz internationaler Konzernzentralen ablesen und wird ergänzt durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch Studierende aus aller Welt, die an den Mülheimer Forschungseinrichtungen tätig sind. Viele ausländische Vereine bereichern das kulturelle Leben in unserer Stadt. Sie verbinden für ihre Mitglieder die Wurzeln der alten mit denen der neuen Heimat.

Mülheim an der Ruhr ist eine internationale Stadt und soll es bleiben. Dafür schaffen wir vor Ort die Rahmenbedingungen: Wir werden interkulturelle Kompetenz in Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und öffentlichem Leben insgesamt fördern. Wir werden Zugangsbarrieren abbauen und alle Talente in unserer Stadt möglichst früh erkennen und ihnen Raum zur Entfaltung geben. Vielfalt und Talente wollen wir in Mülheim an der Ruhr als geschenkte Bereicherung herzlich willkommen heißen.

Als internationale Stadt wollen wir auch weiterhin international Verantwortung übernehmen. Wir wollen die zahlreichen Initiativen, die in Mülheim arbeiten, um in der Welt zu wirken, sichtbar machen, ihr Tun wertschätzen und sie in ihrer Arbeit unterstützen.

Das kann nur gelingen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger auf lokaler Ebene mit dem europäischen Projekt auch weiterhin identifizieren. Die Verknüpfung von Kommunalwahl und Europawahl bietet 2014 eine Chance, die gegenseitigen Verbindungen und auch Abhängigkeiten deutlich zu machen. Die EU kann nur durch stärkere Einbindung der lokalen Ebene an Vertrauen gewinnen.

Wir treten in Mülheim für ein Mehr an Europa ein. Gerade in Zeiten, in denen dem europäischen Projekt die Folgen und Auswirkungen einer nicht von Europa, sondern durch die Banken- und Schuldenkrise in den Mitgliedstaaten verursachten Krise angelastet werden, ist das wichtig. Denn Lösungen können nicht allein auf nationaler Ebene, sondern nur noch gemeinsam auf europäischer Ebene in Form einer gemeinsamen Wirtschafts-, Finanz-, aber auch Sozialpolitik gefunden werden.

Wir sehen dringenden Handlungsbedarf, weil die weiterhin andauernde Krise zwei Grundideen der Europäischen

Union bedroht: den Zusammenhalt und die Solidarität. Die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger, besonders jene europaweit 5,5 Millionen jungen Menschen ohne Arbeit.

Wir stellen fest, dass immer mehr kommunale Politik- und Kompetenzbereiche der Vergemeinschaftung durch EU-Recht unterliegen. Darüber hinaus sind die Kommunen hauptsächlich diejenige Ebene, in der EU-Recht und dessen Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger erfahrbar und spürbar umgesetzt werden. Wir fordern unsere Europapolitikerinnen und -politiker auf, sich dafür einzusetzen, dass europaweit einheitliche Lösungen auf das tatsächlich Notwendige beschränkt werden, damit lokales Handeln möglichst Vorrang hat. So wird Vertrauen geschaffen.

Wir werden uns auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass bestimmte Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in den nächsten Jahren nicht durch das EU-Wettbewerbs-Beihilfe- und Vergaberecht gefährdet werden.

Wir fordern Bund und Land NRW auf, den Kommunen als gleichberechtigten Partnern die Mitwirkung sowohl am Prozess der europäischen Einigung als auch bei der Formulierung und Umsetzung europäischer Politik zu ermöglichen. Wir fordern von Düsseldorf und Berlin gleichzeitig, kommunale Anliegen nachdrücklich und durchsetzungs-

stark gegenüber den europäischen Institutionen zu vertreten. Dazu gehört vorrangig die Stärkung der Kommunen im Ausschuss der Regionen in Brüssel.

Kommunen leisten in der Europäischen Union die europäische Integration von unten, sie schaffen und gestalten das Europa der Bürgerinnen und Bürger. Dazu leisten die zahlreichen kommunalen Partnerschaften seit Jahrzehnten einen unverzichtbaren und äußerst erfolgreichen Beitrag.

Diese Arbeit braucht weiterhin die Verlässlichkeit verstetigter Förderung aus Mitteln der EU in Mehrjahresprogrammen. Wir fordern daher, die Anstrengungen der Kommunen weiter durch eine angemessene Unterstützung bei der Durchführung von Aktivitäten im Rahmen von Kommunalpartnerschaften zu würdigen und sicherzustellen. Mindestens eine gleichbleibende Mittelausstattung ist dazu erforderlich.

UNSERE STADT – IN DEUTSCHLAND

Städte sind Lebensräume, in denen sich Zukunft entscheidet. Städte sind Motoren der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung. Sie sind die Orte, wo soziale und kulturelle Entwicklungen – wie durch ein Brennglas gebündelt – zu Tage treten.

Städte sind Orte gelebter Demokratie und damit deren Fundament. Wir wollen, dass Städte darüber hinaus Demokratielabore für zukünftige Gestaltungsentwürfe sein können.

Damit kann lokale Demokratie in Mülheim Angebote machen, mit denen sich Menschen in der Stadt identifizieren, Identität stiften und unsere Stadt zur Heimat für alle in ihr Lebenden wird.

In den Städten entscheiden sich Erfolge und Misserfolge von Bildung und Inklusion. Mit den Ergebnissen können Städte gedeihen oder an ihnen leiden.

Staatliches Handeln in der Form kommunaler Leistungen begleitet die Menschen in den Städten ein Leben lang.

Mülheim nimmt seine Rolle in der kommunalen Familie in Deutschland und in NRW selbstbewusst und verantwortungsvoll, vor allem aber aktiv wahr.

Wo und wann immer die Möglichkeit zur Mitarbeit besteht, werden wir sie nutzen und zum Wohle der Stadt und

der sie umgebenden kommunalen Familie einsetzen.

Von Mülheim aus beteiligen wir uns am Bohren der zahlreichen dicken Bretter wie dem Bundesleistungsgesetz für die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen, das jetzt endlich auf den Weg gebracht ist.

Wir fordern ein neues Modell für die Grundsteuer, eine erneute Diskussion über die Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommune wie z.B. Länderfinanzausgleich, Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Solidarpakt, Schuldenbremse und europäischer Fiskalpakt. Wir nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass diese Themenbereiche im Koalitionsvertrag von SPD und Union im Bund abgebildet sind.

Wir wollen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger kooperieren können und fordern weiterhin die Abschaffung des Kooperationsverbotes im Grundgesetz.

Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie und wissen, dass wir gleichzeitig entstandene Demokratie-Defekte beseitigen und mehr politische Teilhabe für Bürgerinnen und Bürger ermöglichen müssen. Dazu wollen wir den Dreiklang Information – Kommunikation – Partizipation neu und stärker zum Klingen bringen.

UNSERE STADT – IN NRW – IN DER METROPOLE RUHR

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das bevölkerungsreichste und im internationalen Rahmen das wirtschaftsstärkste Bundesland. NRW war und ist das industrielle und energiewirtschaftliche Herz der Bundesrepublik.

Mitten drin ist unsere Stadt Mülheim an der Ruhr ein starker Standort in der Metropole Ruhr.

Kooperation und Eigensinn, Gemeinsames und Originäres machen das Land, das Ruhrgebiet und seine Städte gleichermaßen aus.

Seit dem gemeinsamen Erfolg der Kulturhauptstadt 2010 ist die Metropole Ruhr auf dem Weg zu einem neuen Image in der Republik. Mülheim ist aktiver Bestandteil dieses gewandelten Bildes, zu dem Kultur, Bildung, hoch innovative Unternehmen und Branchen sowie ein hoher Freizeitwert in besonderer Weise beitragen.

Unsere Stadt will als verlässliche und starke Partnerin im Regionalverband Ruhr (RVR) daran mitarbeiten, dass aus dem uns stark machenden gemeinsamen Handeln der Städte und Kreise in der Metropole Ruhr ein Mehr an Lebensqualität und Wohlstand für die Menschen erwächst.

Wir wollen für unsere Bürgerinnen und Bürger die Bindung stiftende Identität

unserer Kommunen erhalten und gleichzeitig die interkommunale Zusammenarbeit systematisch ausweiten.

Wir sind sicher, auf diesem Wege mehr Effizienz und mehr Qualität bei der Leistungserbringung öffentlicher Aufgaben trotz knapper Kassen erreichen zu können.

Wir wissen, dass wir in den nächsten Jahren nach den Anstrengungen des bisherigen Strukturwandels nun den demografischen Wandel und die Energiewende werden meistern müssen.

Wir wollen diese Prozesse erfolgreich gestalten und wissen, dass dies nur gemeinsam mit den Menschen zu schaffen ist.

Wir wissen, dass Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihrer Städte aktiv mitarbeiten wollen und dazu an einer Ausweitung bestehender wie auch an der Erprobung neuer Beteiligungsformen vor Ort interessiert sind. Weil Mitgestaltung durch Bürgerbeteiligung ein konstitutives Element einer lebendigen lokalen Demokratie ist, müssen die bewährten Formen repräsentativer Demokratie vor Ort und direktdemokratische Formen der Bürgerbeteiligung einander ergänzen.

Wir wollen Bürgerbeteiligung verwirklichen, die offen für alle, niedrigschwellig

lig, barrierefrei und sprachlich verständlich zum Mitgestalten einlädt.

Wir wissen aus Erfahrung, dass sich kommunale Politik mit zunehmend komplexeren Sachverhalten bei Gestaltungs- und Handlungsspielräumen, die durch rechtliche und finanzielle Vorgaben verengt werden, auseinandersetzen muss.

Deshalb ist es wichtig, dass alle an Mitgestaltung vor Ort Interessierten auch bereit sind, diese Vorgaben kommunaler Politik zu verstehen und ihnen Rechnung zu tragen. Schließlich müssen Entscheidungen, die nach vorher vereinbarten Regeln getroffen wurden, am Ende auch von denen respektiert werden, die anderer Meinung sind.

Wir wollen informelle Bürgerbeteiligungsverfahren je nach Problemlage und Aufgabenstellung in unterschiedlichen Formen ermöglichen und organisieren, z.B. als Runde Tische, Charetteverfahren, Bürgerworkshops, Stellungnahmeverfahren, Open-Space-Konferenzen, Planungs- und Zukunftswerkstätten. Unbedingt dazu gehören die regelmäßige Evaluation der Beteiligungsverfahren, ein umfassendes Angebot an Information und Kommunikationsmöglichkeiten sowie Transparenz der Verfahren.

Wichtige Schwerpunkte einer nachhaltigen Stadtentwicklung sind:

- **Vorrang der Innenraumentwicklung**
Innenraumentwicklung meint, auf die freien Flächen zurückzugreifen, die es in bebautem Gelände ohnehin schon gibt. Die städtebauliche Innenraumentwicklung hat das Ziel, beim Verbrauch von Flächen zu sparen, Verkehr zu vermeiden und Stadtgebiete nach qualitativen Gesichtspunkten zu gestalten. Vor allem hinsichtlich der technischen Infrastruktur ist sie kostengünstiger als die Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich.
- **Energieeffiziente und klimagerechte Siedlungsentwicklung**
Das Potenzial zur Reduzierung des Wärmebedarfs neu geplanter Baugebiete durch energieeffiziente und solarenergetisch optimierte Siedlungsplanung ist weitgehend zu nutzen. Bei Umgestaltungs-, Sanierungs- und Neubaumaßnahmen sind die Durchgrünung (Dach-, Fassadenbegrünung, Straßenbegleitgrün, Parkanlagen, begrünte Innenhöfe) bzw. der Anteil offener Wasserflächen zu erhöhen.
- **Wiedernutzung von Brachflächen**
Die im Zusammenhang mit der Industriegeschichte in Mülheim entstandenen Brachen, insbesondere Altstandorte der Industrie und ehemalige Bahnflächen, sollen saniert und wie-

SOZIALE STADT

der genutzt werden, um Freiflächen zu schonen. Dabei muss der Aufwand für die Wiedernutzung wirtschaftlich vertretbar sein.

Die politischen Leitbegriffe unseres MülheimPlans 2014-2020 sind Familienfreundlichkeit und die generationengerechte Stadt. Das ist der „rote Faden“ für die nächsten sechs Jahre.

Wir stellen uns den Herausforderungen des demografischen Wandels. Für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt Mülheim an der Ruhr ist ein familien- und generationenfreundliches Gemeinwesen wichtig. Wir wollen eine nachhaltige Politik. In vielen Bereichen ist dies in unserer Stadt bereits gelungen.

Eltern stoßen bei der Erziehung ihrer Kinder immer wieder an ihre Grenzen und sind auf der Suche nach Rat, den sie am besten in ihrem Lebensumfeld finden. Darüber hinaus können bestimmte Familienphasen und Ereignisse wie die Geburt eines Kindes, Arbeitslosigkeit, die Trennung der Eltern oder eine Erkrankung Familien aus dem Gleichgewicht bringen. Um sich auf Veränderungen vorzubereiten oder in einer Krise die Balance wiederzufinden, benötigen Familien bedarfsgerechte, entlastende und unterstützende Angebote, die gut zugänglich sind und unmittelbar weiterhelfen. Hier wollen wir mit den vorhandenen Angeboten auch durch neue und passgenaue Formen der Vernetzung die Rahmenbedingungen für Familien vor Ort zielgenau, bedarfsgerecht und nachhaltig gestalten. Zukunftsfähige Angebote im Bereich Eltern- und Fami-

lienbildung gehören ebenso dazu, wie andere niedrigschwellige Angebote, die die Besonderheiten unterschiedlicher Familienformen berücksichtigen.

Wie hoch die Lebensqualität für Familien vor Ort ist, hängt entscheidend von den strukturellen Rahmenbedingungen ab. Angesichts des demografischen Wandels, der zunehmenden Erwerbstätigkeit von beiden Elternteilen und veränderten Familienstrukturen ist ein bedarfsgerechtes, vielfältiges und qualitativ hochwertiges Betreuungs-, Bildungs- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ein wichtiger Qualitätsfaktor für unsere Stadt. Eine verlässliche und hochwertige Kinderbetreuung fördert den Ausgleich von sozialer Benachteiligung und ermöglicht allen Kindern einen gelungenen Start ins Leben. Eine flexible Kinderbetreuung, speziell in Randzeiten, kann durch die gezielte Förderung der Vernetzung von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, Schulen und außerschulischer Jugendarbeit bedarfsgerecht abgestimmt werden. Hierzu werden wir auch in Zukunft gezielt beitragen.

Künftig stehen immer mehr ältere Menschen immer weniger jungen Menschen gegenüber. Diese Tatsache wird das Leben in unserer Stadt noch mehr verändern. Die Leistungsfähigkeit von Familien mit ihren weitverzweigten Kontakt- und Hilfenetzen ist stark ge-

fordert, weil sie vielfältige Hilfs-, Pflege- und Unterstützungsleistungen zwischen den Generationen erbringen und für das Gemeinwesen unverzichtbar sind.

Die SPD Mülheim an der Ruhr steht für die Bekämpfung von Armut. Armut von Kindern, die ohne Mahlzeiten und ohne Lernmaterial in die Schule oder die Kindertageseinrichtung kommen, können wir nicht hinnehmen. Die Armut der Eltern wird an die nachfolgenden Generationen sozusagen „weitervererbt“. Wir wollen diesen Teufelskreis durchbrechen. Es ist uns bewusst, dass dies nicht nur finanzielle Armut, sondern u.a. auch Bildungsarmut, Armut in der Gesundheit, Armut an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umfasst.

Wir werden in der bevorstehenden Legislaturperiode mit den Gewerkschaften, den Verbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen gezielte Planungen aufnehmen, um kommunale Maßnahmen zu entwickeln, die dieser Entwicklung entgegenwirken.

Wir werden auch die Armut im Alter in den Blick nehmen. Aufgrund der unterbrochenen Lebensläufe und der veränderten Berechnung der Altersversorgung wird dieses Problem vermutlich in den nächsten Jahren zunehmend erkennbar.

Wir wollen im Stadtviertel, dem sozialen Lebensraum, Angebote erhalten und aufbauen sowie das bürgerschaftliche Engagement stützen, so dass niemand von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen wird.

Insgesamt ist es unser Ziel, Mülheim an der Ruhr zu einer generationengerechten und familiengerechten Stadt mit Vorbildcharakter weiterzuentwickeln. Das Thema Familie wird daher wesentlicher Teile unserer Stadtentwicklungspolitik sein. Dies soll sich insbesondere auch bei der Gestaltung von Spiel- und Sportplätzen sowie Aufenthalts- und Freiflächen zeigen. Ebenfalls soll der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote weiter dem Bedarf entsprechend fortentwickelt werden.

Wir werden nach unseren Möglichkeiten die Fortentwicklung von Mehrgenerationenhäusern ebenso wie die Entstehung von Seniorinnen und Senioren-Wohngemeinschaften fördern. Dazu gehört für uns auch der Erhalt und Ausbau der Seniorinnen- und Senioren-Treffpunkte. Sie sollen für Beratungen zur Verfügung stehen und professionell geleitet sein.

Wir setzen uns für eine dauerhafte finanzielle Förderung der AIDS-Hilfe in Mülheim an der Ruhr ein.

Auch die Schaffung einer möglichst

barrierefreien Stadt ist unser Ziel. Wir wissen, dass dies an wirtschaftliche Grenzen stößt. Wir wollen jedoch den Gedanken in allen Projekten berücksichtigen, um so Schritt für Schritt dem Ziel der barrierefreien Stadt näher zu kommen.

Mülheim an der Ruhr verfügt über ein vielfältiges Angebot von Vereinen, Verbänden und Initiativen. Dieses Netzwerk der Vereine, Verbände und Initiativen nutzen wir, um diese vielseitige und verwurzelte Struktur der sozialen Angebote zu nutzen und zu wahren.

Bürgerschaftliches Engagement hält die Gesellschaft zusammen. Unsere Stadt wird erst durch den Einsatz aktiver Bürgerinnen und Bürger in Kirchen, Verbänden, Vereinen und anderen Organisationen zu einem Ort der lebendigen Begegnung. Dies wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels umso wichtiger. Wer sich gemeinsam mit anderen Menschen engagiert, der ist nicht einsam. Gleichzeitig können ältere Menschen ihre wertvolle Erfahrung weitergeben. Auch profitiert die ganze Stadt von Unternehmen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen und damit soziale Verantwortung übernehmen („Corporate Citizenship“). Sowohl für das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern als auch für das von Unternehmen gibt es bereits viele großartige Beispiele in unserer Stadt. Diese Initiativen

sind weiterhin zu fördern, um möglichst auch Vorbild für andere zu sein. In diesem Zusammenhang leistet das Centrum für bürgerschaftliches Engagement (CbE) einen unverzichtbaren Beitrag, indem es Öffentlichkeitsarbeit leistet sowie allen Akteuren mit professioneller Hilfe zur Seite steht.

Wir streben dabei ein von Vielfalt und hoher Qualität geprägtes Angebot an, aber eines, das gleichzeitig in seiner Vielfältigkeit dem Wunsch und Wahlrecht Rechnung trägt.

Subsidiarität ist und bleibt auch für die Mülheimer Sozialdemokraten ein Prinzip unserer politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Wir betrachten sie als Stützfeiler unserer Gesellschaft, auch weil eine hohe Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements von hier ausgeht.

Wir treiben die freien Träger nicht weiter in einen Markt, der kein Markt ist. Wir sind bereit, sowohl die tariflich gesicherten Löhne und Gehälter als auch die Sachkosten der freien Träger zu fairen Bedingungen zu vereinbaren. Dabei müssen die Verbände auch in Leistungsvereinbarungen die jeweiligen Qualitätskriterien und -standards akzeptieren und einen wirtschaftlichen und sparsamen Umgang mit den Ressourcen bei der Leistungserbringung gewährleisten.

Die freie Wohlfahrtspflege wird als Partner für die kommunale Daseinsfürsorge gebraucht. Daher beziehen wir sie in die sozialpolitischen Diskussionen, die Weiterentwicklung der vorhandenen Angebote und in die Reaktionen auf Veränderungen und die Entwicklung neuer Bedarfe sowie die Umsetzung neuer Angebote ein. Der seit Jahren praktizierte Sozialdialog ist dabei Basis für die inhaltliche Fortführung solcher Gespräche und gemeinsamer Entscheidungen.

Wir streben an, dass die Stadt Mülheim an der Ruhr sich als Fair-Trade-Stadt zertifizieren lässt.

Gleichstellung

Offenheit und Toleranz gegenüber ethnisch-kultureller Vielfalt werden von führenden Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern als entscheidende Wachstumsfaktoren für Metropolen der Zukunft genannt.

In der Wirtschaft wird die aktive Bearbeitung des Themas „Diversity“ mittlerweile als Erfolgsfaktor gewertet. Es geht dabei um die Nutzung aller Potenziale, die Menschen verschiedenen Geschlechts, verschiedener Herkunft, Kultur und auch sexueller Orientierung mit sich und in die Gemeinschaft einbringen.

Auch in Mülheim an der Ruhr wollen

wir hiervon profitieren. Trotz Erfolgen auf diesem Gebiet bleibt hier noch viel Arbeit. So gilt es weiterhin, Frauen in öffentlichen Ämtern und Führungspositionen stärker zu berücksichtigen. Dazu gehört auch, sie dafür zu motivieren und auf dem Weg dorthin zu fördern und zu schulen. Auch die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen verbessert werden.

Frauen und Männern müssen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnet werden. Nur so kann es selbstverständlich werden, dass beide Geschlechter eigenständig für ihren finanziellen Lebensunterhalt sorgen können. Beiden steht der gleiche Lohn für gleiche Arbeit zu.

Gerade auch bei Frauen mit Migrationshintergrund existiert je nach kultureller Herkunft noch großer Handlungsbedarf. Durch Angebote zur Sprachförderung können diese Frauen auf dem Weg zu selbstbestimmter Teilhabe an ihrem Lebensumfeld unterstützt werden. Durch Kooperationen mit Vereinen und anderen Institutionen muss ihnen die Möglichkeit geboten werden, aktiv in der Gesellschaft mitzuwirken und diese wiederum zu bereichern.

Generell setzen wir uns dafür ein, dass durch entsprechende Ausgestaltung des Umfeldes jeder Frau und jedem Mann unter Berücksichtigung seiner in-

dividuellen Lebensumstände die Möglichkeit der Teilhabe geschaffen wird.

Die Stadt Mülheim hat die Europäische Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern unterschrieben. Wir begrüßen dies und fordern dazu auf, diese mit Hilfe eines Aktionsplanes umzusetzen, da Gleichstellung sowohl unter sozialen als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern sorgt.

Neben Geschlechtergerechtigkeit und Berücksichtigung von kulturellen Hintergründen spielt im Kontext der Gleichstellung auch die sexuelle Orientierung zunehmend eine Rolle. Hier wollen wir darauf achten, dass gerade auch Jugendlichen in unserer Stadt durch verschiedenste Angebote eine diskriminierungsfreie Entwicklung ihrer sexuellen Identität ermöglicht wird. Weiterhin setzen wir uns für eine verstärkte Aufklärung zum Thema ein, um den Abbau von Vorurteilen und ein von gegenseitigem Respekt getragenes Miteinander in unserer Stadt voranzubringen.

Der Gemeinschaftsgedanke des Begegnungshofes bietet ebenfalls die Chance, dass Frauen unterschiedlicher Herkunft selbstverständlich interkulturell miteinander leben und wohnen können.

DIE FAMILIEN- UND GENERATIONENGERECHTE STADT

Heimat im Quartier – Sozialraumorientierung

Heimat, Quartier, Stadtteil. Wie auch immer wir es nennen: Jeder Mensch – ob alt oder jung, mit oder ohne Behinderung, hier geboren oder zugewandert – möchte sich nicht nur in den eigenen vier Wänden wohlfühlen, sondern auch in seinem Wohnumfeld zu Hause sein. Wichtig sind uns Bewohnerinnen und Bewohner, die sich für „ihr“ Quartier interessieren und engagieren. Die Beteiligung und Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern ist ein wesentliches Element sozialräumlicher Politik. Der Blick auf das Wohnumfeld, die unmittelbare Heimat also, ist uns wichtig. Nur so besteht die Chance, dass Benachteiligungen und sich negativ verstärkende Effekte in Quartieren erst gar nicht entstehen. Insofern ist sozialräumliches Handeln vorbeugend.

Die räumliche Konzentration von Armut und sozialen Problemen hat zugenommen. Weil die Bewohnerinnen und Bewohner, die es sich aussuchen und finanziell leisten können, in solchen Gebieten nicht leben oder solche Gebiete verlassen, findet soziale „Entmischung“ statt. Dadurch sind einige Stadtteile und Quartiere belastet, andere entlastet.

Die Stadtteile mit besonders hohen Armutsquoten, hoher Arbeitslosigkeit, ho-

hen Anteilen von Alleinerziehenden und besonders vielen Zuwanderern haben auch die höchsten Anteile von Kindern an der Bevölkerung. Kinderarmut ist in diesen Gebieten verortet. Der Gesundheitszustand und die Bildungsbeteiligung der Menschen in benachteiligten Quartieren sind deutlich schlechter.

Ältere Menschen sind darauf angewiesen, dass sie in ihren Wohnquartieren alles vorfinden, was sie zum Leben brauchen. Sie sind daran interessiert, in einem Umfeld zu leben, das ihnen Sicherheit bietet und von Gemeinsinn geprägt ist.

Familien brauchen eine qualifizierte, lokale Infrastruktur. Es geht um die KiTa um die Ecke, die Grundschule, die zu Fuß gefahrlos erreichbar ist, Spielplätze, Begegnungsmöglichkeiten und, wenn nötig, die Hilfe und Unterstützung direkt im Quartier.

Es gibt Menschen, die keinen Arbeitsplatz finden. Ihre soziale Integration hängt davon ab, wie sie sich am Leben in ihrem Wohnviertel und Wohnumfeld beteiligen und dieses aktiv mitgestalten. Der soziale Raum und dessen Infrastruktur haben für diese Menschen eine besonders große Bedeutung und beeinflussen ihre Verwirklichungschancen. Für viele Zuwanderer gilt das auch deshalb, weil ihre Lebensorientierung und Lebensweise stärker auf das Quartier ausgerichtet sind.

Die Bewohnerinnen und Bewohner in benachteiligten Stadtteilen dürfen nicht nur als Betroffene begriffen werden, sondern bringen wichtige Potenziale und Ressourcen für eine neue Entwicklung ihrer Quartiere ein. Sie kennen das Wohnumfeld, die weitere Umgebung und vorhandene Netzwerke oder sind an solchen Netzwerken beteiligt. Bewohnerinnen und Bewohner sind daran interessiert oder darauf ansprechbar, sich für ihr Quartier und eine gute Nachbarschaft zu engagieren. Schlüsselpersonen aus Nachbarschafts- und Quartiersnetzwerken, wie Vereine und Kulturkreise, tragen dazu bei, dass diese Quartiere Anschluss an die übrige Stadtgesellschaft finden.

Der Sozialraum: Blick auf die Menschen im Stadtquartier

Mit Blick auf die Menschen im Stadtquartier müssen alle Aspekte des Alltags berücksichtigt werden: Wohnen, Arbeiten, Bildung, Betreuung usw. Die sozialräumliche Ausgestaltung kommunalen Handelns sollte deshalb von folgenden Prinzipien geleitet sein:

Wir müssen das Denken in voneinander getrennten Ressorts zugunsten eines vernetzten Handelns im Sinne der Menschen überwinden.

Das heißt: Es sind integrierte Handlungskonzepte notwendig, in die alle

lokalen Akteure eingebunden sind.

Diese Handlungskonzepte müssen für Bewohner des Stadtquartiers offen sein und zum Mitmachen einladen.

Prävention und frühe Hilfen

Kein Kind zurücklassen. Das ist die Forderung unserer Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Das Konzept wird zurzeit in 18 Modellkommunen im Lande erprobt. Im Ruhrgebiet sind Duisburg, Dortmund, Gladbeck und Gelsenkirchen beteiligt. Städte, die weit mehr als Mülheim mit sozialen Verwerfungen zu kämpfen haben. Das Projekt folgt dem Handlungsprinzip der Prävention. Sprichwörtlich ist bekannt: Vorbeugen ist besser als Heilen. In diesem Satz steckt die Erkenntnis, dass es sinnvoller und vielfach finanziell deutlich günstiger ist, hier und jetzt dafür zu sorgen, dass kein Kind zurückbleibt.

Kommunale Angebote für alle Kinder und Familien

Besonderen Entwicklungsbedarf gibt es dort, wo Kinder mit eingeschränkten Entwicklungschancen aufwachsen, denn der Nachwuchs der Stadtgesellschaft braucht überall gleiche Chancen sozialer Teilhabe. Bei der Armutsprävention geht es um eine Veränderung von Verhältnissen (z.B. durch armutsfeste Grundsicherung) sowie durch eine um-

fassende und qualifizierte öffentliche Infrastruktur für prinzipiell alle Kinder.

Bei der individuellen Förderung stehen die Stärkung von Schutzfaktoren im Zentrum als auch die Stärkung der Familien durch pädagogisches Handeln z.B. in Kindertagesstätten und Schulen.

Schutzfaktoren zu stärken bedeutet, den Blick zu schärfen für individuelle Fähigkeiten und Kompetenzen des Kindes. Ein positives, aktivierendes Familienklima und situationsgerechtes Elternhandeln sind ebenso von Bedeutung wie außerfamiliäre Kontakte, Lernmöglichkeiten, externe Hilfen, schulische Integration und Förderung oder der frühzeitige und kontinuierliche Besuch der Kindertagesstätte. Je nach Altersphase des Kindes wirken sich zunächst der familiäre Hintergrund, danach zunehmend das familiäre Umfeld, die sozialen Netzwerke und schließlich die Bildungsinstitutionen positiv auf die kindliche Entwicklung aus. Dabei gilt es zu beachten, dass Angebote, die speziell für arme Kinder und ihre Familien konzipiert werden, immer das große Risiko von (Selbst-) Stigmatisierungs- und Ausgrenzungsprozessen in sich tragen. Sie können dem Ziel der Teilhabe aller Kinder zuwiderlaufen. Ein kommunales Konzept der „Frühen Förderung“ für alle Kinder vermeidet diese Prozesse weiterer Ausgrenzung. Wir werden ein solches Konzept erarbeiten.

Wir prüfen die Möglichkeit, ein autonomes Jugend-Café in unserer Stadt einzurichten.

Präventionsketten

Präventionsketten sind eine Weiterentwicklung eines integrierten Förder- und Hilfeangebotes für Kinder. Wenn alle Träger und Institutionen gemeinsam und aufeinander abgestimmt vorbeugend tätig werden, eröffnet sich die Chance, den Schwerpunkt der eigenen Arbeit von der Krisenintervention hin zur Prävention zu verlagern. Bei der Krisenintervention handelt es sich in der Regel um kostenintensive Maßnahmen, die zudem häufig zu spät einsetzen; eben dann, wenn die Krise bereits eingetreten ist. Prävention hingegen arbeitet der Krise entgegen.

Bei der Präventionskette ist nicht das Leistungs- oder Angebotsspektrum eines einzelnen Dienstes entscheidend, sondern das abgestimmte Gesamtkonzept aller Begleitungs-, Unterstützungs- und Hilfsangebote. Aber: Jedes Kettenglied braucht eigene Ressourcen zur Steuerung und Wahrnehmung seiner Aufgaben. Nur eine lückenlose Kette mit starken Gliedern kann von Armut betroffene Kinder und Familien systematisch fördern und ihre Chancen zur vollen Entfaltung ihrer Fähigkeiten und zur uneingeschränkten gesellschaftlichen Teilhabe verbessern. Wir werden diese lückenlosen Ketten schaffen.

Kinderarmut

Die Armut von Kindern ist ein wichtiges Thema kommunaler Sozialpolitik. Ein Aufwachsen in Armut schränkt die individuellen Chancen massiv ein. Es verletzt das Recht des Kindes auf gute persönliche Entwicklungsmöglichkeiten und das Aufwachsen in Wohlergehen. Je mehr Kinder von Armut betroffen sind, desto gravierender sind zudem auch die negativen gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen.

Eine jugendpolitische Agenda zur Kinderarmut muss folgende Punkte enthalten:

1. Sensibilisierung für Kinderarmut

Kinderarmut wahrnehmen und in die Handlungslogik von Politik, Verwaltung, Schulen und Einrichtungen der sozialen Arbeit einfließen lassen.

2. Teilhabe sichern –

Bildung ermöglichen

In Kindertagesstätten, Vereinen und Schulen: Fördervereine in benachteiligten Stadtteilen unterstützen, unbürokratischer Ausgleich von zusätzlichen Elternbeiträgen für Ausflüge, Materialien, Klassenkasse, Fahrten, Schwimmbadbesuche; Hausaufgabenhilfe durch kommunale Hilfsfonds; niedrigschwellige, milieuspezifische Angebote mit Teilhabechancen für die Eltern und für die Kinder in Vereinen.

3. Gesundheit fördern

Kinder brauchen Bewegung. Wir wollen Bewegungsangebote auch für Kinder zugänglich machen, die sich eine Mitgliedschaft in Sportvereinen nicht leisten können. Stadtplanerisch ist darauf zu achten, dass der öffentliche Raum auch Platz für spielerische Bewegung bietet.

4. Kein Kind ohne Mahlzeit

Wir wollen eine Mittagsmahlzeit in Kitas und Schulen für alle Kinder z.B. durch unbürokratische Fonds finanzieren.

5. Frühe Förderung – Angebote für alle

Netzwerke der frühen Förderung für alle Kinder haben positive Wirkungen für die Armutsprävention – ohne Stigmatisierung und Ausgrenzung. Inhaltliche Schwerpunkte sind u.a. die Familienzentren mit einer Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern und das Konzept früher Hilfen.

Die Politik ist auf allen Handlungsfeldern gefordert, die Entwicklungschancen der einzelnen Kinder und Jugendlichen zu fördern. Die Herstellung von Chancengerechtigkeit steht im Mittelpunkt und soll durch die frühe Teilhabe an Bildungsmöglichkeiten wirksam und nachhaltig gewährt werden. Kinder- und Jugendhilfe muss Entlastungs-, Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Eltern anbieten.

Wohnen in Mülheim an der Ruhr

Wir wollen, dass alle Menschen in Mülheim gut leben und wohnen können. Mülheim, die gute Wohnstadt an der Ruhr. Dazu gehören das familiengerechte, das generationsübergreifende und das altersgerechte Wohnen in unserer Stadt.

Wir werden das Mehrgenerationen-Wohnen unterstützen und fördern. Wir werden Wohnformen unterstützen, die altersgerechtes Wohnen auch in Form von Seniorinnen- und Senioren-Wohngemeinschaften möglich machen, damit möglichst lange das Ziel des langen selbstbestimmten Lebens in der eigenen Wohnung möglich ist.

Die Sozialraumorientierung und Vernetzung vor Ort spielt dabei eine ebenso große Rolle wie die Schaffung eines barrierefreien Umfeldes. Dazu gehören für uns aber auch die Sicherung und Schaffung eines umfangreichen Service- und Beratungsangebotes für Seniorinnen und Senioren und deren Familien. Beratungs- und Servicezentren stellen dabei für uns einen zentralen Punkt dar. Auch die finanzielle Sicherung der bisherigen Angebote ist unser Ziel.

Wohnen in der Innenstadt attraktiver zu machen und damit auch für unsere Innenstadt positive Akzente zu setzen, ist unser klares Ziel. In dieser Frage werden

wir in den nächsten Jahren gemeinsam mit den Besitzern der Immobilien aktiv werden.

Wir schlagen die Gründung eines Beginenhofes für Frauen in Mülheim an der Ruhr vor. Dort können Frauen unterschiedlichen Alters eigenständig leben und sich gegenseitig aktiv unterstützen, wobei ein wesentliches Augenmerk auf der spirituellen Gemeinschaft der Frauen liegt. Die Unterstützung findet dort auch in Form von Dienstleistungen statt, die abgesprochen und ausgetauscht werden.

So bietet der Beginenhof alleinstehenden Frauen und alleinerziehenden Frauen mit Kindern auch die Möglichkeit, Kinderbetreuung in der Gemeinschaft zu organisieren. Der Generationenmix sorgt für ein gemeinsames Verantwortungsgefühl und wirkt der Vereinsamung älterer Frauen entgegen. Wir unterstützen die Idee, Frauen mit einem unterdurchschnittlichen Einkommen anzubieten, im Beginenhof zu sozial verträglichen Mieten zu wohnen. Auch der Altersarmut von Frauen kann so begegnet werden. Der Gemeinschaftsgedanke des Beginenhofes bietet ebenfalls die Chance, dass Frauen unterschiedlicher Herkunft selbstverständlich interkulturell miteinander leben und wohnen können.

INTEGRATION/INKLUSION

Integration und Inklusion sind seit jeher Schlüsselbegriffe sozialdemokratischer Politik. Wir verstehen darunter, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung und ihres Lebens- und Gesundheitsstatus ungehinderten Zugang zu allen Einrichtungen haben, die Gesellschaft und Kultur bieten.

Wir werden Sprachkurse fördern. Für eine erfolgreiche Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache für alle Migrantinnen und Migranten unumgänglich. Daher setzen wir uns für den Ausbau von Sprachkursen ein.

Wir wollen gleichzeitig herkunftssprachlichen Unterricht stärken. Dieser Unterricht ist von hohem Wert für die Zukunft von Kindern mit Migrationshintergrund. Er hilft nicht nur bei der Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunft und der damit verbundenen Identitätsstiftung für ein Leben in Deutschland, sondern gibt Kindern die Chance, eine zusätzliche Sprache zu beherrschen.

Der Integrationsrat ist ein wichtiges Instrument der demokratischen Vertretung von Migrantinnen und Migranten. Wir setzen uns für eine bessere Finanzausstattung des Integrationsrates ein. Um Migrantinnen und Migranten Mitbestimmung und Demokratie näher zu

bringen und in politischen Strukturen zu festigen, bedarf es zudem einer Novellierung des Integrationsratswahlrechtes auf Landesebene.

Integrationslotsen

Zudem setzen wir uns für die gemeinsame Durchführung von Kommunal- und Integrationsratswahlen, sowie die Einführung eines verbindlichen Zentralregisters von Wahlberechtigten als Ersatz für die bisherige freiwillige Einschreibungsregel ein.

Wir setzen uns für die Berufung eines/r kommunalen Integrationsbeauftragten in der Stadtverwaltung ein, die/der als KoordinatorIn allen Beteiligten im Integrationsprozess sowie als unmittelbare/r AnsprechpartnerIn bei allen diesbezüglichen Fragen zur Verfügung steht.

Die/der Integrationsbeauftragte/r soll die Leitung des kommunalen Integrationszentrums übernehmen, Integration/Inklusion als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung etablieren und letztendlich als Vorbildfunktion für die in Mülheim wohnhaften Migrantinnen und Migranten sowie Ausländerinnen und Ausländern dienen.

Integration in den Stadtteilen

Integration muss kleinräumig in den einzelnen Stadtteilen gestaltet werden.

Als gutes Beispiel mit Vorbildcharakter sehen wir hier das „Stadtteilmanagement Eppinghofen“. Die Einrichtung solcher Stadtteilbüros ist je nach Möglichkeiten und Bedarf für alle Stadtteile zu verwirklichen. Bei der Integrationsarbeit ist der quartiersbezogene Ansatz von besonderer Wichtigkeit.

Änderung des Kommunalwahlrechts

Das Zusammenwachsen unserer Gesellschaft erfolgt durch gegenseitigen Respekt und konkrete Teilhabemöglichkeiten. Sie sind der Schlüssel zu einem friedlichen Zusammenleben.

Wir fordern das Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene. Wir bekennen uns ausdrücklich zu diesem Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger.

Mülheim an der Ruhr – eine inklusive Stadt

Inklusion bedeutet, Menschen willkommen zu heißen und niemanden auszuschließen. In einer inklusiven Gesellschaft wird nicht auf Kategorien wie Behinderung oder Nicht-Behinderung geachtet. Vielmehr werden die in unserer Gesellschaft vorhandenen Unterschiede zusammen gedacht. Inklusion bedeutet, Menschen so anzunehmen, wie sie sind, mit dem was sie können – und sie darin zu unterstützen, ihr Können in unsere Gemeinschaft einzubringen.

Inklusion ist ein bedeutender Gestaltungsauftrag für die Politik. Die SPD in Mülheim an der Ruhr nimmt ihn an.

Inklusion zu schaffen ist eine Zukunftsaufgabe, die wir heute angehen müssen. Dazu zählt die konsequente Fortsetzung der Barrierefreiheit in öffentlichen Räumen, in Gebäuden und im öffentlichen Nahverkehr. Ebenso muss die Amtssprache verständlich sein. Zentral ist eine inklusive Beschulung, die Einrichtung von Assistenzsystemen, um insbesondere Kindern und Jugendlichen eine chancengerechte Teilhabe an Bildung und Ausbildung zu ermöglichen.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG ALS CHANCE NUTZEN

Dass wir alle länger leben, ist ein Fortschritt. Eine Gesellschaft mit mehr Älteren ist eine Gesellschaft mit einem reichen Erfahrungsschatz, den wir nutzen wollen. Wir sehen den demografischen Wandel als Chance und stellen uns den Herausforderungen. Mülheim ist in besonderem Maße betroffen. Wir sind schon heute die „älteste“ Stadt in der Metropole Ruhr. Untersuchungen zeigen, dass es zwischen Demografie und Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft einen Zusammenhang gibt. Die Innovationsfähigkeit wird zum Beispiel negativ durch ein hohes Durchschnittsalter und positiv durch die Zahl jüngerer Menschen mit hohem Bildungsabschluss beeinflusst. Insofern ist demografische Veränderung eine Chance, aber auch eine Herausforderung, der sich die Stadtpolitik stellen muss.

Zentrale Aufgabenfelder sind: Bildungs- und Siedlungspolitik, Stadtumbau, kinder- und familienfreundliche Politik, das Thema Wohnen im Alter, die interkommunale Zusammenarbeit, gelingende Integration von Migrantinnen und Migranten, bürgerschaftliches Engagement und die dazugehörige Finanzpolitik. Wir haben zum Beispiel mit dem 100-Häuser-Programm, das junge Familien motiviert, in Mülheim zu bleiben oder hierher zu kommen, ein wichtiges siedlungspolitisches Programm aufgelegt. Wir wollen es fortsetzen und weiterentwickeln.

Die zukunftsfähige Entwicklung der kommunalen Infrastruktur ist vor dem Hintergrund der mittel- und langfristig rückläufigen Bevölkerungszahlen zentrale Aufgabe einer nachhaltigen Kommunalpolitik. Tendenziell wird sich der Bedarf an Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen verändern. Auf die sinkende Bevölkerungszahl wird mit veränderten Angeboten reagiert werden müssen.

Wir werden alternative Handlungskonzepte wie z.B. Mehrgenerationenhäuser oder stadtübergreifende Angebote schaffen.

Die alternde und zahlenmäßig schrumpfende Bevölkerung wird sich nachhaltig auf die kommunalen Finanzen auswirken. Das kommunale Aufkommen an Steuern, Gebühren, Abgaben und Schlüsselzuweisungen wird sinken. Schrumpfenden Einnahmen stehen relativ fixe Kosten für vorhandene Infrastruktureinrichtungen gegenüber.

Wir sehen in den weit reichenden Folgen des demografischen Wandels eine zentrale Aufgabe und werden zukunftsfähige Konzepte und passende Handlungsstrategien erarbeiten, die die Lebensqualität in unserem großstädtischen Raum dauerhaft sichern und die mit dem demografischen Wandel verbundenen Chancen nutzen.

BILDUNG

In dem Bewusstsein, dass die Politik heute handeln muss, wird die Mülheimer SPD eine städtische Arbeitsgruppe „Demografie“ einsetzen, damit wir mit passgenauen Konzepten für jeden Stadtteil reagieren können. Wir werden einen Masterplan Demografie erarbeiten.

Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, Selbstständigkeit und Verantwortung in gesellschaftlicher Hinsicht müssen das Ziel aller schulischen Bildung sein. Um diese Ziele zu erreichen, müssen innere und äußere Schulanlagen im Blick auf Chancengleichheit und Organisation verbessert werden. Die Umsetzung von Chancengleichheit ist nur durch eine generelle quantitative und qualitative Stärkung des Ganztagsangebots und einen großzügigen Ausbau der individuellen Förderung möglich. Das Ziel der Stärkung gesellschaftlicher Verantwortung ist einerseits nur erreichbar durch langes gemeinsames Lernen und Leben aller an einem Ort und andererseits durch eine lebendige Vernetzung mit sozialen, ökonomischen und kulturellen Partnerinnen und Partnern im Umfeld.

Wir sehen individuelle Förderung als Unterrichtsprinzip!

Wichtigstes Ziel ist es, dass alle Kinder und Jugendlichen entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für sie bestmögliche Förderung und Unterstützung erfahren, um eine Bildungsbiographie ohne Brüche zu ermöglichen. Der Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen, soll weiter gesenkt werden.

Inklusion

Auf der Grundlage des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes möchten wir, dass alle Kinder die Möglichkeit haben, an einer Regelschule unterrichtet zu werden.

Die Grundschul Kinder, die lern- und entwicklungsverzögert sind, sollen in die wohnortnächste Grundschule gehen können. Alle Kinder, die einen Förderbedarf in Lernen, in Sprache oder in ihrer emotional- und sozialen Entwicklung haben, sollen jede Grundschule besuchen können. Dazu muss jede Schule mit sonderpädagogischen Lehrkräften ausgestattet werden. Die Wiedereinführung von Schulbezirksgrenzen wäre sinnvoll. Bauliche Veränderungen sind dadurch in der Regel nicht nötig.

Kinder, die eine Sinnesschädigung haben (Förderbedarf Sehen oder Hören), die einen Förderbedarf in ihrer körperlichen und motorischen Entwicklung haben oder geistig behindert sind, sollen ebenfalls die Möglichkeit haben, am gemeinsamen Lernen teilzunehmen. Hier bietet es sich an, in Mülheim Schwerpunktschulen auszuweisen, da bauliche Veränderungen nötig sind. Die übrigen Förderbedarfe (Sehen, Hören, Körper und Motorik, geistige Behinderung) können an ausgewiesenen Schwerpunktschulen beschult werden.

Es wird nötig sein, auch in Mülheim

Förderschulen vorzuhalten. Zum einen wünschen noch viele Eltern diese Schulform, zum anderen gibt es Kinder, die unter den bestehenden Voraussetzungen dort besser gefördert werden können.

Integration und Migration

Wir wollen die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in allen Schulformen durch Ausbau der Mehrsprachigkeit. So früh wie möglich sollte allen Kindern die Tür zu Kultur und Kunst geöffnet werden. Wir begrüßen das landesseitig geförderte Projekt „Kulturrucksack“, welches die Teilhabe an Kultur fördert. Wir wollen individuelle Sprachförderung und Integrationslehrerstellen fördern, um gelingendes Aufwachsen zu ermöglichen.

Auf der kommunalen Ebene entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung. Bildung muss deshalb auch nach den Bedürfnissen und Bedarfslagen vor Ort gestaltet werden – in dem Rahmen, den das Land setzt, aber gleichwohl „von unten“ in den Kommunen geprägt. Diese Gestaltung kann nur gemeinsam durch Land und Kommune erfolgen.

Gemeinsam meint hier mehr als bessere Kooperation auf der Basis traditioneller Zuständigkeiten. Es meint hier vielmehr gemeinsame Verantwortung für gelingende Bildung und damit für

gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen.

Insofern muss die Qualitätsentwicklung von Bildung entlang der Bildungskette auch als Herausforderung für kommunales Handeln begriffen werden und kann nicht allein Aufgabe des Landes sein. Dafür geeignete Verfahren und Strukturen zu entwickeln ist eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Ratsperiode.

Wir wollen Impulse setzen und uns aktiv einbringen!

Die Schule muss als Raum für den Erwerb von Selbstständigkeit und Verantwortung in organisatorischer Hinsicht diesem Ziel entsprechen und alle Möglichkeiten nutzen, ein eigenständiges Profil in pädagogischer, personeller und finanzieller Hinsicht zu entwickeln. Der Schulträger soll die Schulen dabei unterstützen, ihre Lern- und Unterrichtskonzepte auszutauschen und abzugleichen. Damit wollen wir gewährleisten, dass die methodischen Kompetenzen bei den Mülheimer Kindern und Jugendlichen vergleichbar gefördert werden. Die Ergebnisse der in allen Mülheimer Schulen durchgeführten Qualitätsanalyse liefern hier wichtige Erkenntnisse und können im Sinne eines Wirksamkeitsdialoges herangezogen werden.

Wir unterstützen die Entwicklung von Bildungsketten

In einer auf Wissen, Kreativität und Bildung basierenden Gesellschaft ist lebensbegleitendes Lernen unverzichtbar. Für den Einzelnen ist lebensbegleitendes Lernen von großer Bedeutung für persönliche Entfaltung, für die aktive soziale, politische und kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft und für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit.

Frühkindliche Bildung im Elementarbereich

Den gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz im U3-Bereich hat die Stadt mit großer Anstrengung zum 1.8.2013 erfüllt. Doch auch in Zukunft wird der Aus- und Umbau der Einrichtungen eine Herausforderung für die Stadt bleiben. Die Beitragstabelle für die Betreuungsplätze und die Plätze in der Offenen Ganztagschule (OGS) haben wir sozialverträglich umgestellt, um auch weiterhin die hohe Qualität, gerade im OGS-Bereich, zu halten.

Wir werden den OGS-Bereich weiterhin dort ausbauen, wo es Bedarf gibt. Dabei gilt für uns, den hohen Qualitätsstandard weiter zu halten. Doch Betreuung ist mehr als nur das Bauen von Gebäuden. Bildung beginnt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bereits im Kindergarten.

Daher sind die Konzepte hinter den Einrichtungen für uns entscheidend. Kinder haben Anspruch auf exzellente und individuelle Förderung. Es geht um ein ganzheitliches Verständnis von Bildung und darum, Kinder in allen ihren Entwicklungsbereichen einschließlich Selbstbewusstsein, Eigenständigkeit und Identität zu begleiten, zu fördern und herauszufordern. Die Kindertagesstätte ist damit neben dem Elternhaus der wichtigste Ort frühkindlicher Förderung.

Wir setzen in diesem Stadium auf Förderung durch entsprechend ausgebildete und qualifizierte Fachkräfte, damit so viele Hürden wie möglich zum Schuleinstieg genommen werden können.

Kinder mit deutlichen Defiziten in Sprache oder sozialen Kompetenzen können zeitnah aufgefangen und gefördert werden. Diese frühkindliche Förderung sorgt für höhere Bildungschancen und damit mittel- und langfristig für ein höheres Bildungsniveau.

Der in den städtischen Kindertageseinrichtungen umgesetzte Early-Excellence-Ansatz verbindet diese Grundsätze und vieles von dem, was Erzieherinnen und Erzieher schon bisher praktizierten mit Hilfe von wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Entwicklungs-, Hirn- und Lernforschung in der Frühförderung. Er ist deshalb aus unserer

Sicht gut geeignet, um individuelle Förderung im Kindergarten zu ermöglichen.

Wir erwarten aber von den Kindertageseinrichtungen – unabhängig davon, ob sie Familienzentrum sind oder nicht – auch eine noch stärkere Öffnung in den Sozialraum. KiTa soll nicht allein sozialer Lernraum und Bildungsstätte sein, sondern sich zum Dienstleistungs- und Kommunikationszentrum wandeln und somit Bildungs- und Beratungsstätte für die ganze Familie werden. Die bereits bestehenden Vernetzungen mit anderen Einrichtungen und Akteuren im Sozialraum sollen dazu noch weiter ausgebaut und noch enger geknüpft werden.

Wir regen die Teilnahme am BUND-Projekt Zukunft ohne Gift an. Das heißt z.B. für Kindergärten und Kindertagesstätten, dass sie nur hochwertiges gift- und schadstofffreies Spielmaterial vorhalten, das keine Weichmacher enthält.

Insbesondere im Bereich der Hygiene und Vorsorge gilt es, eng vernetzte Kooperationen auszubauen und zu festigen. Unsere Stadt ist Vorreiterin in der Prävention von Infektionskrankheiten. Die Sensibilisierung für dieses Thema sollte Bestandteil frühkindlicher Erziehung sein und sich im weiteren Schulverlauf fortsetzen.

Primarstufe

Offenen Ganztag weiter ausbauen

Mit dem seit der Einführung der Offenen Ganztagsschule im Schuljahr 2003/04 zwischenzeitlich erreichten flächendeckenden Ausbau des zusätzlichen Bildungsangebotes Offene Ganztagsschule wurde die Mülheimer Bildungslandschaft um ein wesentliches Qualitätsmerkmal ergänzt. Die hierfür aufgewendeten – nicht unerheblichen – Finanzmittel sichern die Attraktivierung des Bildungsstandortes Mülheim an der Ruhr. Dabei wirken Land, Kommune und freie Träger in einer Verantwortungsgemeinschaft zusammen. Hier gilt es den Fortbestand zu sichern. Mehr als ein Drittel der Primarstufenschüler sind inzwischen in der Offenen Ganztagsschule. Diesen Bereich wollen wir ausbauen. Die Offene Ganztagsschule ist ein wichtiger Faktor, Kinder individuell so zu fördern, dass ihnen der Zugang zur Bildung offensteht – unabhängig von der Herkunft und dem Bildungshintergrund der Eltern. Dieser richtige und wichtige Ansatz soll weiter gestärkt werden und erfordert die Sicherung der räumlichen, sachlichen und personellen Ausstattung der Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich.

Im Zuge der fortschreitenden Inklusion besuchen auch immer mehr Kinder mit Behinderungen den offenen Ganztag an den Grundschulen. Um auch hier eine

individuelle Förderung und hochwertige Betreuung gewährleisten zu können, muss die Gruppengröße reduziert und auf höchstens 25 Kinder begrenzt werden.

Entwicklung und Umsetzung des Bildungshauses Eppinghofen

Der Stadtteil Eppinghofen hat einen besonders hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund und an Kindern, deren Eltern Leistungen nach dem SGB II beziehen – beide Faktoren begründen ein erhöhtes Risiko in der Bildungslaufbahn und damit eine negative Bildungs-„Karriere“. Die Entwicklungsrückstände der Kinder in diesem Stadtteil lassen sich u.a. anhand der Schuleingangsuntersuchungen konkret belegen. Vor diesem Hintergrund trifft die Kommune eine besondere Verantwortung, in Eppinghofen über punktuelle Projektarbeit hinauszugehen und Bildungserfolge systematisch und vorbeugend zu unterstützen. Unter dem Dach des geplanten Bildungshauses Eppinghofen sollen die Kindertageseinrichtung und die Grundschule an der Zunftmeisterstraße zu einer Einheit zusammenwachsen, die es ermöglicht, in abgestimmter Teamarbeit aller Fachkräfte vor Ort für jedes Kind die notwendige Förderung seiner individuellen Entwicklung zu leisten. Der Blick auf vergleichbare Einrichtungen zeigt, dass auf diesem Weg auch unter schwierigen Bedingungen deutliche Erfolge in den Lernleistungen,

Noten, Übergängen und letztlich auch in den Berufseinstiegen dieser Kinder zu erzielen sind.

Sekundarbereich

Umsetzung Inklusion

Diese Grundsätze zur Umsetzung der Inklusion gelten auch für die weiterführenden Schulen. Auch hier soll jede Schule jeder Schulform alle Kinder mit den Förderbedarfen in Lernen, Sprache und emotionaler und sozialer Entwicklung aufnehmen. Auch hier ist es wichtig, dass die Sonderpädagogen Teil des Kollegiums werden.

Weiterentwicklung der Stadtteilschule Styrum

Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Stadtteilschule in Styrum. Hier soll in Zukunft eine geschlossene Bildungskette von der 1. Klasse bis zum möglichen Abitur nach 13 Jahren entstehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass in mittelfristiger Planung auch die baulichen Voraussetzungen für das Gelingen der Stadtteilschule an zwei Standorten ermöglicht werden.

Förderung des länger gemeinsamen Lernens

Wir sind davon überzeugt, dass Bildungsketten nahtlos gestaltet werden müssen. Immer noch entstehen Brüche beim Wechsel von der Primarstufe

in die weiterführende Schule. Immer wieder zeigt sich, dass die Aufteilung in verschiedene Bildungsgänge nach Klasse 4 zu früh ist. Wir setzen uns dafür ein, dass nach dem Styruer Modell Schulen auf den Weg gebracht werden können, um diese Übergänge nahtlos zu gestalten, sich zu vernetzen und somit Brüche zu vermeiden.

Darüber hinaus halten wir es für sinnvoll, dass Kinder ganztägig lernen sollen. Wir unterstützen den schrittweisen Ausbau des Ganztags auch an weiterführenden Schulen. Für uns ist wichtig, dass ein Ganztags nicht nur aus fachlichem Unterricht besteht. Zu einer ganztägig arbeitenden Schule gehört auch eine Vielzahl an fakultativen Aktivitäten, die in Kooperation mit Partnern in oder außerhalb der Schule stattfinden können.

Weiterbildung

Die Weiterbildung ist für uns ein wichtiges Glied in der Kette des lebenslangen Lernens. Hierzu haben die Menschen in unserer Stadt vielfältige Möglichkeiten. Wir erkennen die gute Arbeit der vielen Träger an und unterstützen ihre Arbeit.

VHS

Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule (VHS) ist eine der zentralen Weiterbildungsinstitutionen unserer Stadt. Hier werden qualitativ hochwertige Weiter-

bildungsangebote in großer thematischer Breite – einschließlich beruflicher und arbeitsmarkbezogener Qualifizierung sowie nachholender Bildung – unterbreitet. Hier findet bezahlbares und lebensbegleitendes Lernen statt. Niemand wird hier aufgrund sozialer oder ethnischer Herkunft, aufgrund eines früheren Scheiterns im Schulsystem oder anderer Gründe vom Lernen ausgeschlossen.

Der SPD ist es ein besonderes Anliegen, dass die VHS auch zukünftig für alle Zielgruppen unserer Stadt bedarfsrechte Angebote zum einen in einem zentralen Gebäude macht, aber auch bedarfsorientiert in den Stadtteilen vor Ort Angebote vorhält. Dabei soll sie sich über die Stadtgrenze hinaus noch mehr vernetzen. Insbesondere in den Stadtteilen Eppinghofen und Styrum soll die VHS zusammen mit den Partnern aus den Stadtteilbüros nachfrageorientierte Angebote, die den besonderen Bildungsbedürfnissen entsprechen, entwickeln. Die VHS ist ein wichtiger Partner in der Bildungslandschaft der Stadt. Sie soll verstärkt mit Schulen und anderen Weiterbildungsträgern und mit vielen Institutionen zusammenarbeiten, um so ein dichtes und vielfältiges Weiterbildungsangebot in der Stadt zu sichern.

Hochschule Ruhr West

Die Errichtung der Hochschule Ruhr

West ist eine Chance für Mülheim. In der letzten Ausbaustufe werden rund 4.000 Studierende in unserer Stadt sein. Wir wollen die schon ins Werk gesetzten Verknüpfungen der Hochschule mit der Mülheimer Wirtschaft und den Schulen vor Ort weiterentwickeln.

Nicht alle Studierende wohnen in Mülheim, ein Großteil reist täglich an. Gleichwohl ist darauf zu achten, dass die, die hier bei uns ihren Wohnsitz nehmen, bezahlbaren und attraktiven Wohnraum vorfinden.

Junge Studierende gestalten ihre Freizeit vielfältig. Zu diesem Zweck sollten jetzt Synergiemöglichkeiten mit dem Stadtentwicklungsprojekt Ruhrbania ausgelotet werden. Es könnten entsprechende Cafés und Bars eingerichtet werden. Die außergewöhnliche Lage am Fluss könnte eine große Anziehungskraft für studentisches Leben haben.

STADT DER ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Die Stadt Mülheim ist ein starker Wirtschaftsstandort in der Metropole Ruhr. Sie hat mit 7,5% Ende 2013 die niedrigste Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet, und die Anzahl der Sozialversicherungsbeschäftigten ist auf 57.000 angestiegen.

Mülheim hat bewiesen, dass es sich den Herausforderungen stellt. Basierend auf einer aktiven Strukturpolitik und einem frühzeitigen Strukturwandel von der Leder- über die Montanstadt, hin zu einer modernen Industrie-, Handels- und Dienstleistungsstadt. Bedeutende, weltweit bekannte Unternehmen sowie klein- und mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat unserer Wirtschaftsstruktur.

Schwerpunkte bilden weiterhin die Unternehmenszentralen großer Handelshäuser, produzierende Unternehmen des Röhren-, Anlagen- und Turbinenbaus sowie technologieorientierte Dienstleistungsunternehmen. Darüber hinaus gibt es in unserer Stadt das Kompetenzzentrum für Spieleentwicklung „Games Factory Ruhr“ sowie eine im Aufschwung befindliche Kreativwirtschaft.

Mit den zahlreichen kleineren und mittelständischen Unternehmen bieten diese Unternehmen den Großteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze in Mülheim an und stärken damit die Zukunft unserer Stadt. Sie zeichnen sich durch

bürgerschaftliches Engagement aus, welches in Mülheim Tradition hat und auch in Zukunft gepflegt und ausgebaut wird.

Den Menschen ein gutes Leben ermöglichen

Ein gutes Leben ist ohne gute Arbeit nicht möglich. Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle Menschen in unserer Stadt. Darum setzen wir uns für sichere Arbeitsplätze und ein ausreichendes und verlässliches Einkommen ein. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns wichtig. In Mülheim setzt das Bündnis für Familie sowie die Auszeichnung familienfreundlicher Betriebe Maßstäbe.

Wir sind davon überzeugt: Wohlstand, Innovation und Wachstum gibt es nur mit „Guter Arbeit“. Gute Arbeit weckt Kreativität und Leidenschaft. Darum erhalten und brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt. Sozial geförderte Arbeitsplätze erlauben Menschen nach längerer Arbeitslosigkeit den Wiedereinstieg und ein selbstbestimmtes Leben. Dabei sollen bestimmte Zielgruppen speziell gefördert werden wie zum Beispiel Migranten, verschiedene Altersgruppen oder Alleinerziehende.

Eine der Herausforderungen ist der demografische Wandel. Die Zahl der Einwohner in Mülheim wird sinken,

wohingegen die Altersgruppe der über 65-Jährigen stetig wachsen wird. Dies wird in den Betrieben deutlich zu spüren sein und den Fachkräftemangel weiter verschärfen.

Mülheim hat zu wenige Gewerbeflächen, deshalb brauchen wir ein über die Stadtgrenzen hinaus abgestimmtes Gewerbeflächenmanagement. In Mülheim wollen wir Gewerbeflächen erschließen. Deshalb ist es notwendig, die Styruumer Tangente zu bauen, die eine Fläche von rund 100.000 Quadratmetern erschließt.

Chancen nutzen – Risiken vermeiden

Wir fördern eine dynamische Wirtschaft, in deren Umfeld die Lebensqualität steigt. Wirtschaftlicher Wohlstand gibt Menschen Raum und eröffnet ihnen Chancen für die Planung der eigenen Zukunft. Dabei achten wir auf den Wert der Arbeit und auf Teilhabe, Fairness und soziale Integration. Dazu gehören die Verbesserung der Familienfreundlichkeit und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben.

Mit der Steigerung der Attraktivität in Mülheim wird es uns gelingen, zusätzliche Arbeitnehmer und ihre Familien zu gewinnen und an Mülheim zu binden.

Wir werden die Chancen nutzen, in-

novative Mülheimer Unternehmen mit der Grundlagenforschung der Max-Planck-Institute (MPI) und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wasserforschung gGmbH (IWW) mit der Hochschule Ruhr West (HRW) zu vernetzen. Dies sichert den Wandel zur zukunftsfähigen wissensbasierten, technologieorientierten Wirtschaft, Forschung und Entwicklung. Unter der Federführung der Oberbürgermeisterin ist der Masterplan Hochschule Ruhr West erarbeitet worden. Er wird jährlich fortgeschrieben und soll die unmittelbare produktive Kommunikation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ermöglichen.

Die Mülheimer SPD will gestalten

Dies bedeutet trotz einer angespannten Finanzsituation Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Unternehmen in Mülheim bleiben, investieren und wachsen, beziehungsweise sich neue Unternehmen ansiedeln.

Gerade Mülheim bietet zum Beispiel als TÜV zertifizierte mittelstandorientierte Verwaltung gute Rahmenbedingungen.

Mit dem Haus der Wirtschaft, in dem Existenzgründer, etablierte Unternehmen, Wirtschaftsförderung und der Mülheimer Unternehmerverband unter einem Dach arbeiten und somit voneinander profitieren, setzen wir die Mülhei-

mer Tradition der Unternehmensgründer fort. Dies werden wir erhalten.

Die SPD in Mülheim setzt sich dafür ein, dass es uns gelingt, in Zusammenarbeit mit Hochschule, MPI, IWW, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern die Energie- und Klimawende durch innovative Lösungen zu realisieren. Die Schaffung dieser Lösungen, ihr Vertrieb und die Produktion werden zu neuen Arbeitsplätzen führen.

Die SPD unterstützt den Plan, Existenzförderung und -beratung an der Hochschule Ruhr West weiter auszubauen. Ziel ist es, wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Master-Studierenden und Professorinnen als auch Professoren den Weg zur Selbstständigkeit und damit zur Gründung eines Unternehmens zu erleichtern oder aufzuzeigen. Die Hochschule Ruhr West hat darum einen Kooperationsvertrag mit dem Startcenter NRW geschlossen. Insbesondere das Potenzial von Frauen soll deutlich besser gefördert werden. Darum wird sich die SPD auch künftig dafür einsetzen, Kinderbetreuung weiter zu fördern und zu verbessern.

Ebenfalls gilt es die Voraussetzungen zur Unterstützung ausländischer Menschen zu schaffen, die ein Unternehmen gründen wollen, indem ein Beratungsangebot aus einer Hand in der jeweiligen Sprache angeboten wird.

Neue Projekte und effektive Wirtschaftsförderung können nur gemeinsam gelingen. Megatrends wie Umwelttechnologie, Gesundheitswirtschaft, Kultur, Information, Kommunikation, Dienstleistungsprodukte für eine alternde Gesellschaft, Mobilität, Energie, Tourismus oder Handel stellen uns auch in Mülheim vor die Herausforderung, neue Antworten zu finden.

Schon in frühen Planungsstadien und Ideenfindungen sollen Planer, Verwaltung, Unternehmen, Wissenschaft (HRW, MPI, IWW) und Bürgerinnen sowie Bürger aktiv in den Prozess mit einbezogen und somit die Zusammenarbeit gefördert werden.

Die Bedeutung von Wissen und Qualifizierung für die Unternehmen wird angesichts dieser Zukunftsthemen und dem gleichzeitigen demografischen Wandel für den Erhalt und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt entscheidend sein.

Für die Arbeitnehmer bedeutet Qualifizierung, dem Wettbewerb Stand zu halten und sich flexibel und aktiv den Zukunftsherausforderungen stellen zu können. Qualifizierung bietet die Möglichkeit für einen sicheren Arbeitsplatz, ein angemessenes Einkommen und damit soziale Teilhabe.

Schulen müssen das Fundament zur

Ausbildungsreife legen. Die betriebliche Ausbildung im dualen System hat sich bewährt. Die Wirtschaft kennt diese Stärken und hat darum die Verpflichtung, entsprechende Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Dabei wird es immer wichtiger, eine Vermittlung zwischen Ausbildungsanbietern und den Jugendlichen zu organisieren. Nicht alle Jugendlichen erfüllen die hohen sozialen und fachlichen Anforderungen an eine Ausbildung. Die SPD wird darum auch weiterhin die Zusammenarbeit aller Beteiligten fördern, um das Ziel des direkten Einstiegs in die betriebliche Ausbildung zu erreichen. Das überregional anerkannte U 25-Haus ist ein wesentliches Element, um Übergänge ohne Brüche in der Bildungs- und Erwerbsbiografie zu ermöglichen.

Die Unternehmen in Mülheim haben einen stetigen Bedarf an Nachwuchskräften in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Da die Bedeutung von Wissen für die Wirtschaft steigt, werden immer mehr hochqualifizierte Arbeitnehmer benötigt. Die SPD unterstützt die Kombination von Ausbildung und Studium. Ausbildung im Betrieb und gleichzeitig an der Hochschule zu lernen, dient den jungen Menschen und fördert den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen und der Hochschule Ruhr West.

Des Weiteren gilt es neben dem erworbenen Wissen und dem Erfahrungsschatz aus dem Berufsleben, die Weiterbildung und damit lebenslanges Lernen zu fördern. Hier sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen gefordert.

Die SPD wird sich darum unter Einbindung der Beteiligten für ein entsprechendes Weiterbildungsangebot einsetzen und prüfen, welche arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten dieses unterstützen können. Arbeitslosigkeit muss vermieden und darum präventiv gehandelt werden.

So wie es ein klares Bekenntnis der SPD zur Industrie gibt, steht die Mülheimer SPD an der Seite der Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte. Nur wer nah an den Menschen ist, weiß, was sie bedrückt.

Die Mülheimer SPD stellt sich den zentralen Aufgaben: Stabilisierung industrieller Wertschöpfungsketten; Menschen mit hervorragendem Know-how binden und gewinnen; Wissenschaft (HRW, MPI, IWW) mit den Unternehmen vernetzen; Infrastruktur wie die Styrumer Tangente als Voraussetzung zur Erschließung der Gewerbefläche Industriepark Mannesmann ausbauen; Verständnis für die Abhängigkeit von Arbeitsplätzen im Handels- und Dienstleistungsbereich von der Industrie; Lebensqualität weiter

KOMMUNALE ENERGIE- POLITIK UND ENERGETISCHE STADTENTWICKLUNG

steigern und Mülheim positiv in der Region vermarkten.

Aufgrund der durch den Rat der Stadt beschlossenen Schließung des Flughafens Essen-Mülheim setzt sich die SPD Mülheim an der Ruhr mit Zukunftsperspektiven für die Nutzung nach 2034 auseinander.

Wir sprechen uns für ein Forum aus, in dem Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger gemeinsam über die zukünftige Nutzung des Flughafen-Areals diskutieren. Da das Gelände über 100 ha groß ist, können somit auch verschiedene Ideen parallel realisiert werden. In dem von uns angedachten Forum könnten diese Ideen vorgestellt und besprochen werden.

Die Energiequellen, auf die wir auch heute noch überwiegend setzen, sind endlich und belasten Klima und Umwelt in hohem Maße. Wenn wir unseren Wohlstand dauerhaft sichern und uns und den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen wollen, müssen wir nicht nur umdenken, sondern umsteuern. Eine der wichtigsten Fragen lautet: Woher nehmen wir in Zukunft unsere Energie?

Energieeinsparung

Die beste Energie ist die, die nicht verbraucht wird. Tipps und Hinweise zum intelligenten Energiesparen gibt es viele. Dennoch fällt immer wieder auf, wie wenig von diesem Wissen im Alltag Gebrauch gemacht wird. Daher ist es notwendig, die Mülheimerinnen und Mülheimer besser über die vielfachen Möglichkeiten des Energiesparens zu informieren. Das schont die Umwelt, in Zeiten steigender Energiekosten den Geldbeutel und bedeutet keineswegs eine Einschränkung der eigenen Lebensqualität.

Wir wollen, dass die Stadt Mülheim mit interessierten, fachkundigen Partnern aus der Kommune konkrete Angebote macht; etwa eine thermografische Analyse von Wohnimmobilien inklusive Erläuterungen, mit welchen Maßnahmen Energieeinsparungen in welcher Höhe zu erzielen sind. Wünschenswert

wäre dabei eine Einbeziehung der heimischen Bau- und Wohnungsunternehmen sowie des Sanitär-, Heizungs- und Klimagewerbes. Damit ließen sich mittelbar auch wichtige Impulse für eine kommunale Wertschöpfung geben. Gleiches gilt für den städtischen Gebäudebestand. Auch hier empfiehlt sich mit Blick auf die absehbar weiter steigenden Energiekosten eine schrittweise Sanierung. Dies spart mittel- und langfristige Geld, schont die Umwelt und wirkt volkswirtschaftlich stimulierend.

Dabei darf die energetische Erhöhung von Gebäuden oder ganzen Straßenzügen und Stadtvierteln nicht zu sozialen Verwerfungen führen, weil die Investitionskosten auf die Mieten umgelegt und so gegebenenfalls Mieterwechsel in größerem Umfang erzwungen würden. Die Regierungskoalition hat sowohl eine Mietpreisbremse als auch eine Kappung der Umlage von Kosten der energetischen Sanierung beschlossen. Es ist grundsätzlich zu überlegen, ob es der Stadt Mülheim rechtlich und wirtschaftlich möglich ist, Investitionen in Energieeffizienz durch Rabattierungen auf kommunale Steuern und Abgaben zu fördern. Gleichzeitig sollte auch geprüft werden, ob Eigentümer von energetisch besonders ineffizienten Gebäuden mit einer Kompensationsabgabe belastet werden können.

Gefordert ist zudem ein konkretes

Konzept zur Reduzierung des Stromverbrauchs in der Stadtverwaltung selbst. Gerade wenn das Ziel lautet, einen möglichst großen Teil der Mülheimerinnen und Mülheimer bei dem Versuch mitzunehmen, unsere Stadt zur energiepolitischen Musterkommune zu entwickeln, müssen die Stadtverwaltung und ihre Belegschaft hier mit gutem Beispiel vorgehen.

Wir wollen das z.B. in Wuppertal erprobte Modell des „Kühlschrank-Contracting“ prüfen, um Menschen, die geringe Einkommen haben, die Möglichkeit zu bieten, auf energiesparende Haushaltsgeräte umsteigen zu können.

Energieerzeugung

Die Zukunft der Energieversorgung sowohl bei Strom als auch bei Wärme liegt in stärker dezentralen Lösungen. Gerade hier lässt sich mit dem Verfahren der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) besonders ressourcenschonend Energie erzeugen. Der Vorteil: Bei KWK-Erzeugung wird der eingesetzte Energieträger besonders effizient verbraucht, weil nicht nur elektrische, sondern auch thermische Energie – sprich Wärme – in einem gemeinsamen Prozess erzeugt werden. Zugleich bieten dezentrale Nahwärmenetze die Chance, durch den Einsatz zentral gesteuerter Mikro-KWK-Anlagen flexibler auf die Verbrauchsbedarfe insbesondere bei der Stromproduktion

zu reagieren. Denn durch Vernetzung einer größeren Zahl von erdgasbefeuerten Mikro-KWK-Anlagen besteht die Möglichkeit, über den jeweiligen Haushaltsbedarf hinaus zentral gesteuert mehr Strom zu erzeugen und in das allgemeine Versorgungsnetz einzuspeisen. So entstehen ohne gesonderte Bau- und Planungskosten virtuelle Kraftwerke. Sie sind unter technischer Betreuung und Steuerung durch lokale Energieversorger wie die Medl in der Lage, bei Lastspitzen schnell, flexibel und vergleichsweise emissionsarm eingesetzt zu werden. Technisch sind derartige Lösungen bereits heute möglich. Hier wäre Mülheim in der Lage, eine echte Vorreiterrolle in Sachen klimaschonende, kommunale Energieversorgung zu übernehmen.

Wir regen daher an, dass die Stadt Mülheim zukünftig bei allen Baumaßnahmen im Stadtgebiet im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Auflagen zur energetischen Versorgung macht und die räumlichen und infrastrukturellen Bedarfe solcher Lösungen in ihren eigenen Vorplanungen berücksichtigt. Ziel muss sein, die umwelt- wie kundenfreundliche Fernwärmeversorgung im Stadtgebiet schrittweise auszubauen. Dies muss nicht in Form eines zentralisierten Verbundnetzes erfolgen, sondern kann durch dezentrale Nahwärmenetze erfolgen. Auch hier könnten wiederum städtische Einrichtungen als Ausgangspunkt für standortnahe und

dezentrale Nahwärmenetze dienen. Wir setzen in Mülheim auf ein dezentrales, flexibles Wärmenetz.

Mülheim selbst ist aufgrund seiner geographischen und klimatischen Lage nur bedingt als Standort für regenerative Energieerzeugungsanlagen geeignet. Trotzdem sollten sämtliche städtischen Immobilien – sofern noch nicht geschehen – als Standorte für Photovoltaik- oder Windenergieanlagen geprüft werden. Die SPD will untersuchen lassen, ob sich Errichtung und Betrieb eines Strömungskraftwerkes in der Ruhr als Referenzkraftwerk in Kooperation mit den vielfältigen, vor Ort angesiedelten Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die über erwiesene Kompetenz in Sachen Energie und Wasser verfügen, realisieren lässt.

Die für den Ruhrbogen an der Grenze zu Oberhausen und Duisburg diskutierte Fläche für Windenergie und Photovoltaik sehen wir positiv. So könnte auch Mülheim einen weiteren Beitrag zur Energiewende leisten.

Mobilität und Energieeffizienz

Wir werden die Ziele der Energiewende nur erreichen, wenn es uns gelingt, dass mehr Menschen ihre Wege im Umweltverbund – Fußverkehr, Rad, Bus und Bahnen – zurücklegen. Lesen Sie dazu mehr im Kapitel Mobilität.

STADTENTWICKLUNG UND UMWELT

Fazit

Energie in der Kommune ist ein vielfältiges und zugleich komplexes Thema. Es berührt letztlich jeden Lebensbereich.

Kommunale Energiepolitik und energetische Stadtentwicklung sind Querschnittsthemen, die in Zukunft bei nahezu allen kommunalpolitischen Entscheidungen mitbedacht und einbezogen werden müssen.

Innenstadt

Wir müssen Innenstadt neu denken. Der demografische Wandel und der Trend zur Rückkehr der Menschen vom Land in die Stadt bieten die Chance, den Stadtkern mit seiner exponierten Lage am Ruhrufer, dem angrenzenden MüGa-Gelände und der benachbarten Altstadt als Wohnort wieder für breitere Bevölkerungsgruppen attraktiv zu machen. Somit wird auch Aspekten eines nachhaltigen Klimaschutzes, beispielsweise durch die Vermeidung unnötiger Verkehre, Rechnung getragen. Voraussetzung ist die Optimierung des Funktionsprofils der Kernstadt, welches für die Bereiche Versorgung, Arbeiten, Wohnen, öffentliche und private Dienstleistungen sowie Kultur und Freizeit Chancen nutzt und Risiken eines weiteren „Trading-Down-Prozesses“ mit zunehmenden Leerständen vermeidet. Die Innenstadt muss wieder zum Image- und Standortfaktor sowie zum Identifikationsort für die Mülheimerinnen und Mülheimer werden.

Wir wollen die weitere Entwicklung der Ruhrpromenade nördlich der Trasse der Rheinischen Bahn (Baufelder III und IV) gemäß dem Leitmotiv „Wohnen, Arbeiten und Erleben am Wasser“, z.B. durch eine Bebauung mit attraktiven Stadthäusern, für die es derzeit in Mülheim kein vergleichbares Angebot gibt.

Die nördliche Innenstadt braucht eine städtebauliche Aufwertung, z.B. durch den Rückbau der Hochstraße am Hauptbahnhof sowie den Bau eines Hotels am Tourainer Ring mit zu erwartenden positiven Ausstrahlungseffekten auf das umliegende Quartier.

Wir schlagen die Umgestaltung des Rathausmarktes zu einem multifunktionalen Platz vor, der durch attraktive Veranstaltungen und einen Wochenmarkt mit einem qualitativ und quantitativ ansprechenden Warenangebot wieder zu einem zentralen städtischen Platz wird.

Wir wollen den Ausbau der Trasse der Rheinischen Bahn zu einen Rad- und Fußweg, der den Studierenden der Hochschule Ruhr West eine direkte Anbindung an den Hauptbahnhof ermöglicht und darüber hinaus im Sinne des Klimaschutzes als Bestandteil eines durchgängigen Radschnellwegs die Ruhrgebietsstädte miteinander verbindet und Radwanderern eine touristisch attraktive Route bietet.

Wir wollen das frühere Kaufhof-Gelände zu einem Standort entwickeln, der Funktionen wie Wohnen und gewerbliche oder öffentliche Nutzungen miteinander verknüpft. Auf diese Weise würde das zentrale Areal zu einem Bindeglied zwischen dem neuen Stadtquartier

am Ruhrufer und der Fußgängerzone Schlossstraße. Das wollen wir unmittelbar in Angriff nehmen.

Wir schlagen die Gründung einer nach dem Modell der öffentlich-privaten-Partnerschaft operierenden Stadtentwicklungsgesellschaft vor, die insbesondere die Stärkung der Einzelhandelsstandorte im Kernbereich Schlossstraße/Forum und die nachhaltige Entwicklung der Randbereiche in Richtung eines alternativen Profils jenseits der Handelsfunktion vorantreibt.

Wir planen die Aufwertung der derzeit als Parkplatz genutzten Fläche des Kohlenkamps am Fuße des Kirchenhügels durch eine attraktive Platzgestaltung (u.a. mit gastronomischer Nutzung), die zu einer besseren Vernetzung der Altstadt mit der Kern-Innenstadt beitragen kann.

Wir wollen den zügigen Abschluss der Neuordnung der Verkehrsführung Innenstadt mit dem Ziel, die Verkehrsführung zu vereinfachen und Durchgangsverkehr zu vermeiden. Dazu gehören: die Öffnung der Leineweberstraße für den Zweirichtungsverkehr durch eine Straßenraumgestaltung in Form von „Shared Space“, die verkehrsplanerische und städtebauliche Neuordnung des Kaiserplatzes, die Öffnung des Tunnels unter dem Kurt-Schumacher-Platz, die Neugestaltung des bisherigen Übergan-

ges zwischen Hauptbahnhof und Forum im Rahmen der Errichtung eines oberirdischen, barrierefreien Umsteigepunktes für die Linienbusse der Mülheimer Verkehrsgesellschaft (MVG).

Der natürliche Bachverlauf des Rumbach sollte durch in den Boden eingelassene Elemente an der Oberfläche sichtbar gemacht werden.

PRIMA KLIMA – DER BLAUE HIMMEL ÜBER DER RUHR

Nicht erst mit dem Projekt Innovation City wird die einstige Vision von Willy Brandt Realität. In der Modellstadt Bottrop, mit unserer Heimatstadt verbunden über die gemeinsame Hochschule Ruhr West, wird aus einem gewachsenen Stadtteil ein internationaler Pionier-Stadtteil in Sachen Klimaschutz: 50% der Energie sollen bis 2020 bei der Industrie, in den Haushalten und im Verkehr eingespart werden. Auch Mülheim an der Ruhr hatte sich seinerzeit beworben und war unter den fünf Finalisten der Ausschreibung des Initiativkreises Ruhr.

Mülheim sollte die Energie- und CO²-Einsparungsziele weiter verfolgen, um im Verbund mit den Nachbarstädten das Ruhrgebiet zur nachhaltigen Klimaregion in Deutschland weiterzuentwickeln. Der Masterplan Innovation City soll auch in Mülheim und im Ruhrgebiet gelten. Wir wollen die Klimawende sicher und bezahlbar gestalten und in Mülheim bis 2025 im Energie- und CO²-Verbrauch um 50% reduzieren.

Wir streben die Erstellung eines gesamtstädtischen Energieplans (Energie- und Stadtentwicklungsplan) an.

Wir wollen uns am Projekt „100 Klimaschutzsiedlungen NRW“ beteiligen.

Mülheim versteht sich als klimafreund-

MOBILITÄT STADTVERTRÄGLICH SICHERN

liche Stadt. Wir sind aktiver Teil der Energiewende und treiben diese voran. Wir gehen davon aus, dass bei einem konsequenten Energiewendekurs die Nutzung von Erdgas aus unkonventionellen Vorkommen verzichtbar ist. Wir sind gegen Fracking und lehnen speziell die unkonventionelle Förderung von Erdgas auf Mülheimer Stadtgebiet ab.

Mobilität ist umfassender als Öffentlicher Verkehr (ÖV), Mobilität ist Bedingung für wirtschaftliche Prosperität. Damit ist Mobilität ein entscheidender Faktor des Strukturwandels.

Zukunftsfähige Mobilität ist in erster Linie abhängig von einem kundenorientierten Netz des Öffentlichen Verkehrs. Öffentliche Verkehrsnetze sichern Teilhabe, sie ermöglichen soziale und kulturelle Inklusion. Für die SPD hat dieser Aspekt einen maßgeblichen Stellenwert.

Wir wollen das Liniennetz von Bussen und Bahnen nutzerfreundlich gestalten. Die interkommunale Kooperation muss bei dieser Verbesserung stets im Blickpunkt sein. Das Netz muss als ein stadübergreifendes System definiert und auch „gefahren“ werden. Die Metropole Ruhr ist keine Ansammlung unverbundener Inseln.

Die Verbesserung des ÖV-Liniennetzes kann nicht allein unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Wirtschaftlichkeitsanalysen sind wichtig. Sie dürfen aber keine Abwärtsspirale bei der Angebotsqualität auslösen. Deshalb sind rein betriebswirtschaftlich begründete Streckenstilllegungen bzw. Ausdünnungen aus Gründen der Daseinsvorsorgepflicht kritisch zu hinterfragen.

Es ist unser Ziel, den ÖV-Anteil an allen Wegen, die Menschen in unserer Stadt täglich zurücklegen, deutlich zu steigern. Nur so lassen sich die ehrgeizigen Klimaziele verwirklichen. Öffentlicher und Individualverkehr sind nicht separat zu betrachten, sondern als vernetztes sich bedingendes System. Der ÖV muss aber zukünftig die tragende Säule der Mobilität sein.

Die Zielperspektive des ÖV lautet Tür-zu-Tür-Verbindungen zu schaffen, meint also eine qualitative Leistung, die heute allein der Individualverkehr und hier der mit privatem Pkw bewältigte Weg, zu leisten in der Lage ist. Schon heute geht das öffentlich verantwortete Mobilitätsangebot über die „klassischen“ Formen (Bus, Bahnen) hinaus. Im Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) arbeiten z.B. ergänzend 30 Bürgerbusvereine – die meist, aber nicht nur, im ländlichen Raum unterwegs sind. Es gibt Tausende Taxen, das metropolradruhr-System, das sehr gut angenommen wird und in der Zukunft um E-Bikes erweitert werden wird. Es kommen in aller nächster Zeit mehr und mehr Car2Go und Carsharing-Angebote hinzu. In Styrum ist eine Initiative Bürgerbus entstanden. Sie gilt es zu fördern. Wir streben ein multimodales Mobilitätssystem als attraktive, umfassende alltagstaugliche und ansprechende Mobilitätsalternative im Umweltverbund an. Eine wichtige Rolle spielt in diesem

Zusammenhang natürlich die Elektromobilität, der die Zukunft gehört. Schon heute verfügt Mülheim über ein dichtes Ladesäulennetz. Wir prüfen, ob die Attraktivität von Elektrofahrzeugen dadurch erhöht werden kann, dass z.B. für sie die Parkgebühren entfallen.

Wir begrüßen, dass kurzfristig die veralteten Schienenfahrzeuge bei der MVG durch neue, barrierefreie Straßenbahnen ersetzt werden, die von der Technik und der Qualität des Komforts auf der Höhe der Zeit sind.

Wir wollen eine Qualitätsoffensive der Mülheimer Verkehrsgesellschaft, um ein Höchstmaß an Kundenzufriedenheit sicher zu stellen und bekennen uns zum System Schiene.

Qualitätsoffensive bedeutet konkret:

1. Busse und Bahnen müssen pünktlich sein.
2. Über Verspätungen und/oder Ausfälle müssen die Kunden zeitnah und hinreichend informiert werden.
3. Busse und Bahnen müssen sauber sein, ebenso die Verkehrsanlagen wie Haltestellen und Bahnsteige etc.
4. Kundenorientierung bedeutet Freundlichkeit des Personals – immer.

5. Die Fahrzeuge müssen modern und nutzerfreundlich sein.

6. Das Gesamtsystem einschließlich der Fahrzeuge und Haltestellen muss barrierefrei sein, um Inklusion zu ermöglichen.

Die Mülheimer Verkehrsgesellschaft legt künftig hierzu dem Rat jährlich einen Qualitätsbericht vor.

Bei allen Planungen bedenken wir, dass wir heute für morgen planen. Wir wollen Nachhaltigkeit erzeugen und nicht allein kurzfristige betriebswirtschaftliche Entlastung schaffen.

Rad- und Fußverkehr

1. Das Radwegenetz wird weiter ausgebaut. Schon heute gehört z.B. der Ruhrtalradweg zu den beliebtesten Reiserouten in Deutschland. Die Freizeittrassen sind weiter auszubauen. Doch Radverkehre sind schon heute nicht mehr allein Freizeitvergnügen, sondern dienen der alltäglichen Fortbewegung. Das wird und soll in Zukunft deutlich zunehmen. Deshalb müssen wir dies bewusst fördern.

2. Radwege werden miteinander vernetzt.

3. Wir wollen den weiteren Ausbau von markierten Radwegestreifen längs

von Straßen, an denen aus Platzgründen kein Radweg angelegt werden kann.

4. Der regional bedeutsame Radschnellweg von Dortmund nach Duisburg über Mülheim wird gebaut.

5. Das System metropolradruhr wird nach Evaluation ausgebaut und um E-Bikes erweitert.

Der Fußverkehr liegt mit rund 25% in der Verteilung der Verkehrsarten auf Platz zwei. Das heißt: Jeder vierte alltägliche Weg wird zu Fuß zurückgelegt. Diese Bedeutung spiegelt sich kaum in der Wichtigkeit der Planungen.

Unsere zentralen Forderungen:

1. Der Fußverkehr wird nicht mit „Restflächen“ abgespeist, sondern muss angemessen dimensioniert sein.

2. Der fußläufige Verkehrsraum hat auch soziale Funktion. Dementsprechend sollte er Flächen für die Verweil- bzw. Aufenthaltsfunktion aufweisen.

3. Fuß- und Radwege sollten nach Möglichkeit getrennt geführt werden.

4. Das vielerorts zugelassene halbseitige Parken im Fußverkehrsraum wird rückgängig gemacht.

5. Das Queren von Straßen (Unfallursache bei rund 80% der verunglückten Fußgänger) erfolgt so, dass optimale Sicherheit gewährleistet ist.
6. Im Stadtviertel, dem Wohnquartier, wird dem Fußverkehr nach Möglichkeit ein Vorrang eingeräumt.
7. Wir begrüßen Überlegungen, in kleinteiligen Verkehrsräumen „Shared Space-Zonen“ einzurichten, in denen Fußgänger und motorisierte Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind.

Insbesondere beim Ausbau des Umweltverbundes sind Konflikte mit dem Individualverkehr nicht zu vermeiden. Hier sind Zeichen in Richtung Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Umwelt zu setzen. Im Zweifelsfall hat der Verkehr im Umweltverbund Vorrang vor dem Autoverkehr.

Mobilität und Klimaschutz

Mit dem Klimaschutzteilkonzept Mobilität soll eine mittel- bis langfristige Strategie für die klimafreundliche und stadtverträgliche Abwicklung des gesamtstädtischen Verkehrs festgelegt werden. Handlungsbedarf besteht vor allem bei der Verkehrsvermeidung und der Verlagerung von Fahrten auf umweltfreundliche Verkehrsmittel. Der verbleibende notwendige Verkehr soll ressourcenschonend und mit geringen

Emissionen abgewickelt werden.

Dazu sind sowohl infrastrukturelle Konzepte als auch Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung/Beratung zu entwickeln. Für die Bearbeitung wird ein integrierter Ansatz gewählt, der sowohl die Zusammenhänge zwischen Stadt- und Verkehrsentwicklung als auch die Umweltbelange berücksichtigt. Bei der Entwicklung der Maßnahmen ist auf eine Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie auf eine realistische Umsetzbarkeit zu achten.

Mobilitätsmanagement

Mobilitätsmanagement soll das Verkehrsverhalten aller Menschen beeinflussen. Vor allem durch Information und Beratung, aber auch durch bessere Koordination des Angebotes sollen die Verkehrsteilnehmer zur Veränderung ihres Mobilitätsverhaltens motiviert werden. Alternativen zum individuell genutzten Auto wie beispielsweise der öffentliche Verkehr, Fuß- und Radverkehr, Fahrgemeinschaften und Carsharing sollen dem potenziellen Nutzer schmackhaft gemacht werden.

Einzelprojekte

Wir wollen den VIA-Verbund zum Erfolg bringen. VIA ist der Zusammenschluss der Essener, der Mülheimer und der Duisburger Verkehrsgesellschaft. Nur

KULTUR

wenn dieser Verbund optimal funktioniert, werden die Kunden dies positiv bemerken. Wir streben an, dass der Verbund um die Stadtwerke Oberhausen (STOAG) erweitert wird.

Wir wollen einen oberirdischen zentralen Umsteigepunkt zwischen Hauptbahnhof und Forum einrichten. Dies dient der Angebotsverbesserung sowie der städtebaulichen Aufwertung des Areals.

Wir streben mittelfristig an, die Stadtbahnverbindung von Duisburg Hbf über Mülheim Hbf bis Essen zu realisieren. Damit werden drei Hochschulstandorte miteinander verknüpft. Wir wollen uns bei der Verwirklichung dieser Verbindung an den Normalspursystemen für Straßenbahnen der Städte Essen oder Duisburg orientieren.

Wir werden prüfen, inwieweit es möglich ist, Individualverkehr (Pkw) mit öffentlichem Verkehr zu verzahnen, indem wir Parktickets auf Park-and-Ride-Anlagen mit denen des öffentlichen Verkehrs koppeln.

Kulturpolitik ist für die SPD in Mülheim ein wichtiges und umfassendes Politikfeld. Es geht dabei um Kunstschaffen, Kunstgenuss und Unterhaltung, um aktive kulturelle Beteiligung und Gestaltung und um Stadtteilkultur. Es geht weit darüber hinaus auch um die Zukunftsfähigkeit und die kreativen Potenziale unserer Stadt und um die Qualität unseres gesellschaftlich-kulturellen Zusammenlebens.

Für die Wahlperiode 2014-2019 wird die Kulturpolitik der SPD in Mülheim von folgenden Zielen und Überlegungen geleitet:

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Kultur ein öffentliches Gut. Die Förderung von Kunst und Kultur ist folglich nicht Subvention, sondern Investition. Der Reichtum an kulturellen Gütern bestimmt die Lebensqualität unserer Stadt. Museen, Theater, Volkshochschule, Musikschule, Stadtbibliothek, Stadtarchiv, Ringlokschuppen und Begegnungsstätten sind Güter, an denen alle Bürgerinnen und Bürger ein gemeinsames Interesse haben und die daher auch in der öffentlichen Verantwortung bleiben müssen.

Die Vielfalt des kulturellen Angebotes bestimmt das Potenzial der Stadt und die Lebensqualität der Menschen vor Ort entscheidend mit. Denn soziale Spaltungen der Gesellschaft äußern

sich auch kulturell. Kultur vermittelt sich nicht von selbst. Kultur muss gelernt werden. Es geht nicht nur darum, Menschen als konsumierendes Kulturpublikum zu gewinnen, sondern darum, die Bedeutung der kulturellen Bildung für Einzelne und die Gesellschaft zu erkennen.

Kulturelle Bildung ist ein Projekt der sozialen und interkulturellen Integration – gerade in Städten wie Mülheim. Sie fördert Toleranz, Vielfalt und Integration. Der Austausch zwischen den verschiedenen Kulturen bereichert das Leben und sorgt für Verstehen und Toleranz. Kulturelle Bildung kann die soziale Teilhabe auch und gerade sozial Schwächerer ausbauen und fördert damit den sozialen Zusammenhalt.

Die Entwicklung von Medienkompetenz in Elternhaus, Kindergarten und Schule hat sich zu einem wichtigen Bereich kultureller Bildung entwickelt. Der Umgang mit und die sinnvolle Nutzung der Medien bilden eine unverzichtbare Schlüsselkompetenz und werden zu einer kulturellen und beruflichen Basisqualifikation. Die Anstrengungen der Stadtbibliothek und des Medienkompetenzzentrums auf diesem Feld wollen wir fördern und ausbauen.

In der Früherziehung und in den außerschulischen Angeboten für Kinder und Jugendliche soll kulturelle Bildung

gestärkt und schwerpunktmäßig gefördert werden. Wir sehen es als unsere Zukunftsaufgabe an, eine noch stärkere Vernetzung der Schulen mit Kultureinrichtungen und örtlichen Bildungsträgern zu schaffen. Künstler und Kulturschaffende sollen systematisch als Vermittler in die Arbeit einbezogen werden.

Daher wird die SPD in Mülheim den Ausbau der kulturellen Bildung in unserer Stadt zu einem Handlungsschwerpunkt machen. Wir wollen Hemmschwellen abbauen und Ausgrenzung reduzieren. Dazu müssen sich die Kultureinrichtungen noch stärker öffnen, auf die Menschen zugehen und entsprechende Angebote und Veranstaltungsformen entwickeln.

Mit dem Kunsthaus in Styrum kann ein Kunst-, Kultur-, Bildungsort, ein innovatives und attraktives Kulturquartier, im Stadtteil entstehen. Wir werden die Ausgestaltung und Entwicklung begleiten und fördern.

Mülheimer Kultur ist auch Jugendkultur. Junge Menschen brauchen nicht nur eine gute Ausbildung und eine wirtschaftliche Perspektive, sondern auch kulturelle Freizeitangebote. Eine junge Stadt muss diesem Bedürfnis Rechnung tragen und den Jugendlichen Räume schaffen, in denen sie sich entfalten können. Unser Ziel ist es dabei nicht nur,

MÜLHEIM AN DER RUHR – DIE FAMILIENFREUNDLICHE SPORTSTADT

Angebote zu erweitern und neue Akzente zu setzen, sondern auch bestehende Angebote zu vernetzen und besser über sie zu informieren. Wir regen die Einrichtung einer „Graffiti-Kunstakademie“ an. Hier kann verantwortungsvoller Umgang mit der Kunstform gelernt werden, ein Konzept, das auch den respektvollen Umgang mit fremdem Eigentum einschließt.

Dem durch fehlende finanzielle Ausstattung fortschreitenden Verfall unserer vielfältigen Kunst im öffentlichen Raum wollen wir durch zweckgebundene Aufstockung des Restaurierungsetats Einhalt gebieten. Ein künstlerischer Beirat soll diese Aufgabe, die sich über Jahre erstrecken wird, begleiten.

Sport tut jeder Generation gut. Bewegung und Sport fördern das Wohlbefinden, die Lebensqualität sowie die Leistungsfähigkeit und sind damit wichtige Aspekte der Gesundheit. Entscheidende Beiträge leisten Bewegung, Spiel und Sport zur Bildung. Die positiven gesundheitlichen Wirkungen von körperlicher Aktivität sind aus präventiver, rehabilitativer und psychosozialer Sicht unumstritten.

Der Sport leistet einen aktiven Beitrag zur Verwirklichung der Chancengleichheit für Männer und Frauen. Sport ist gelebte Integration.

Mülheimer Sportdialog, Sportförderung

Wir werden den erfolgreichen Mülheimer Sportdialog, der Vereine und Stadt regelmäßig an einen Tisch bringt, fortsetzen und die sportfreundliche Stadt Mülheim an der Ruhr weiter entwickeln. Dabei wollen wir die Sportangebote nicht nur an die Mitglieder der Sportvereine richten; die Angebote und Einrichtungen des Sports sollen für alle Mülheimerinnen und Mülheimer, für alle Generationen zugänglich und bezahlbar sein. Um diese positiven Wirkungen des Sports nachhaltig zu sichern und zu entfalten, setzen wir auf die bewährte Zusammenarbeit der Sportselbstverwaltung, dem Mülheimer Sportbund, mit der öffentlichen Sportverwaltung, dem Mülheimer SportService. Die Eh-

renamtlichkeit im Sport soll hierdurch noch effektiver unterstützt werden.

Die kommunale Sportförderung wird in dem „Pakt für den Sport“ verbindlich und dauerhaft gesichert.

Sportstätten nachfrageorientiert ausbauen und sichern

Wir wollen die Mülheimer Sportstätten weiterhin zeitgemäß und bedarfsgerecht optimieren. Angesichts des gesellschaftlichen Differenzierungsprozesses ist eine verlässliche Sportentwicklungsplanung in unserer Stadt unverzichtbar, um über die vielfältigen Fragen der Erhaltung sowie des zeitgemäßen Ausbaus der kommunalen Sportstätten und der Sportangebote fachpolitisch kompetent entscheiden zu können.

Wir setzen auf die weitere Umsetzung des Perspektivkonzeptes Fußball, das neben dem Neubau der Bezirkssportanlage Heißen die Sanierung von weiteren vier Sportplätzen mit Kunststoffrasen vorsieht.

Wir werden die von der Fachgruppe Leichtathletik seit Jahren gewünschte Kunststoffbahn ergebnisorientiert prüfen.

Auch im Sport setzen wir weiter auf die interkommunale Zusammenarbeit. Nicht jede Stadt muss alle Sporteinrich-

tungen selbst vorhalten. So unterstützen wir die Kooperation mit der Stadt Essen beim Kunstturn-Leistungszentrum am Mühlenfeld.

Das Projekt Trend:Sport Mülheim bleibt in geänderter Konzeption auf der Agenda.

Die Interessen des Sports sind auch in immissionsschutzrechtlichen Konflikten angemessen zu berücksichtigen und daher setzen wir uns dafür ein, Sportlärm und hier vor allem Sportlärm von Kindern grundsätzlich gesetzlich als sozialverträglich zu definieren.

Schulsport

An der Mellinghofer Straße entsteht eine neue Turnhalle, die für den Schulsport unverzichtbar ist.

Der Schulsport wird in enger Kooperation mit den Sportvereinen weiterentwickelt, um im Rahmen der Ganztagsbetreuung möglichst allen Schülerinnen und Schülern täglich ein Bewegungs-, Spiel- und Sportangebot anzubieten. Kinder und Jugendliche müssen in Bewegung bleiben, um gesund aufwachsen zu können. Hier unterstützen wir das Interventionsprojekt „Gesunde Kinder in gesunden Kommunen“, das die teilnehmenden Grundschul Kinder nachhaltig zu einem aktiven Lebensstil motivieren soll. Darüber hinaus wollen

wir auch außerschulische Sportangebote – „Sport vor Ort“ – mit Vereinen zusammen ausbauen.

Leistungssport

Der Leistungssport braucht ein Verbundsystem „Schule und Leistungssport“. Eine wesentliche Voraussetzung für Erfolge im Nachwuchsleistungs- und Spitzensport ist eine systematische Talentsuche und Talentförderung im Sinne einer mittel- und langfristigen Begleitung. Die jungen Talente benötigen eine fachlich kompetente und pädagogisch begleitete Förderung sowie eine Schule, die sich auf ihre Bedürfnisse einstellt. Wir unterstützen daher die Partnerschule des Leistungssports an der Luisenschule mit dem Yonex Badminton-Internat im Haus des Sports. Qualifizierte Trainer sind genauso wichtig wie die sportliche Infrastruktur und eine gezielte Talentsichtung.

Der Spitzen- und Leistungssport verändert sich immer schneller. Um auch weiterhin national und international konkurrenzfähig zu bleiben, bedarf es einer steten Überprüfung, Anpassung und Weiterentwicklung der bestehenden Fördersysteme, gerade auch im und für den Nachwuchsbereich. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Initiative des Landes NRW, weitere Schulen des Verbundsystems zu Sportschulen auszubauen und setzen uns dafür ein, dass

die Luisenschule zu einer Sportschule ausgebaut wird.

Bei allen Entwicklungsprozessen muss oberstes Ziel sein, dass dem Mülheimer Sport auch bei einer sich verändernden finanziellen Ausstattung verlässliche Partner im Verbund mit der Mülheimer Wirtschaft zur Seite stehen.

Sport und Gesundheitsprävention

Wir unterstützen das Programm „Prima Leben“ als ganzheitliches Konzept zur Gesundheitsförderung in Kindertagesstätten. Körperliche Bewegung ist eine der Hauptsäulen für Gesundheit und Wohlbefinden. Sie ist ein Motor der kindlichen Entwicklung. Studien haben mehrfach gezeigt, dass sozial benachteiligte Kinder mit höherer Wahrscheinlichkeit eine schlechtere Gesundheit aufweisen. An dieser Stelle wollen wir ansetzen und dort zuerst helfen, wo der Bedarf am größten ist. Dem weiteren Aufbau von Partnerschaften zwischen Kindertagesstätten und Sportvereinen gilt dabei unser besonderes Augenmerk.

Bäderkonzept

Gemessen an der Einwohnerzahl verfügt unsere Stadt über wenig Schwimmfläche.

Wir begrüßen das Engagement der Mülheimer Schwimmvereine, die mit der

SWiMH gGmbH eine gemeinnützige GmbH zum Betrieb der Hallenbäder Süd und Nord sowie des Rembergbades gegründet haben und damit zum langfristigen Erhalt der Schwimmbäder beitragen. Ebenso begrüßen wir das Engagement der PIA Stiftung für Integrierte Stadtentwicklung, die die Betriebsführung des Naturbades in Styrum übernommen hat. Wir setzen uns aber auch für den Erhalt des Friedrich-Wennmann-Bades ein, das nunmehr neben den Schulen fast ausschließlich der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Darüber hinaus begrüßen wir das Leitbild „Schwimmbad links der Ruhr“.

MÜLHEIM AN DER RUHR – SPAREN JA, ABER MIT AUGENMASS

Mit den Haushaltssicherungskonzepten seit 2010 haben wir zum Teil schmerzhaften Kürzungen in allen Bereichen zugestimmt. Bisher sind damit knapp 32 Millionen € strukturell eingespart worden. Auch die Zustimmung zum Abbau von 270 Stellen war damit verbunden. Ergebnis ist ein genehmigter Haushalt 2013 und somit die Beibehaltung der kommunalpolitischen Selbstverantwortung.

Für uns ist aber auch klar, dass damit die Grenze des Machbaren erreicht ist. Wer meint, weiteren Abbau von Personal oder Einsparpotentiale zu fordern, muss im Gegenzug sagen, was er in Zukunft nicht mehr will.

Für uns Sozialdemokraten sind damit folgende Forderungen klar:

- Eine wirkliche Entlastung von Sozialkosten durch den Bund. Die Übernahme der Grundsicherung im Alter kann nur ein erster Schritt sein. Wir begrüßen, dass ein Bundesleistungsgesetz, welches die Übernahme von Kosten der Eingliederung von behinderten Mitmenschen vorsieht, geplant ist. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht kommunal zu finanzieren ist. Das Prinzip der Konnexität (Wer bestellt, muss auch bezahlen) muss in Zukunft

stärker beachtet werden. Wichtig sind auch die im Koalitionsvertrag von SPD und Union vorgesehenen zusätzlichen Mittel für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur sowie die gesicherte Fortsetzung der Finanzierung im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

- Bei einer möglichen dritten Stufe des Stärkungspakts Stadtfinanzen muss Mülheim an der Ruhr Teilnehmer sein. Die Kriterien sind so anzupassen, dass nicht erst die Überschuldung zu einer Teilnahme führt.
- Uns ist klar, dass eine wirkliche nachhaltige Entschuldung allein durch einen Altschuldenfonds beim Bund realisiert werden kann. Ein solcher ist in Aussicht gestellt.
- Einer Aufgabenkritik innerhalb der Verwaltung und deren Beteiligungen verschließen wir uns nicht. Sie muss ehrlich und offen geführt werden, zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht so weit gehen, dass die Lebensqualität leidet.
- Auch in Zukunft werden wir Optimierungsbedarfe nutzen. Betriebsbedingte Kündigungen in der Verwaltung schließen wir aus. Wir sehen aber auch, dass der Arbeitgeber Stadt vor den Herausforderungen steht, geeignete Nachwuchskräfte zu finden. Dazu bestehende Programme und Ansätze sind fortzuführen und auszubauen.
- Die Gewerbesteuer bleibt als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen erhalten. Wir begrüßen das. Wir stehen zu den bisherigen Erhöhungen, welche uns zum Teil durch die Bezirksregierung auferlegt wurden. Wir sehen aber auch, dass es hier eine Schmerzgrenze gibt. Gleiches gilt für die Grundsteuer.
- Mülheim an der Ruhr steht vor gewaltigen Herausforderungen. Der Investitionsbedarf für die Zukunft ist riesig. In der Vergangenheit haben wir es geschafft, die richtige Balance zwischen eisernem Sparen und Zukunftsinvestitionen zu finden. Ein „Kaputtsparen“ ist weder generationengerecht noch löst es die strukturellen Finanzierungsprobleme.

INDEX

A

AIDS-Hilfe 17
 Altersarmut 24
 Arbeitsplätze 20, 35, 37 f.
 Armut 16, 20, 21 ff.
 Ausbildung 26, 35, 38, 50
 Ausschuss der Regionen 11

B

Bäderkonzept 54
 Barrierefreiheit 26
 Beginnhof 19, 24
 Bildung 20 ff., 34
 Bildungshaus Eppinghofen 33
 Bildungsketten 30, 33
 Brachflächen 14
 Bürgerbeteiligung 13, 14
 bürgerschaftliches Engagement 18, 27, 35

C

Centrum für bürgerschaftliches Engagement (CbE) 18
 Chancengerechtigkeit 23

D

Daseinsvorsorge 11, 45 f.
 demografischer Wandel 13, 15 ff., 27, 35, 37

E

Early-Excellence 31
 Energetische Stadtentwicklung 42, 39
 Energieeinsparung 39
 Energieerzeugung 40, 41
 Energiewende 13, 41 44
 Existenzförderung 37

F

Familie 12, 15 ff., 19 ff., 27, 31, 35 f.
 Familienfreundlichkeit 15, 36
 Finanzen 27
 Flughafen 39
 Förderschulen 29
 Forschung und Entwicklung 36

Fracking 45
 frühe Hilfen 21
 frühkindliche Erziehung 31
 frühkindliche Förderung 31

G

Gebühren 27
 generationengerechte Stadt 7, 15, 17, 20
 Gesundheit 16, 23, 50, 53
 Gewerbeflächen 36
 Gewerbesteuer 55
 Gewerkschaften 16, 38
 Gleichstellung 18 f.
 Grundschulen 20, 29, 32
 Grundsicherung 21, 54
 Grundsteuer 12, 55

H

Handlungskonzepte 21, 27
 Haus der Wirtschaft 36
 Haushalt 44, 54
 Hochschule Ruhr West 34 ff., 38, 43 f.
 100-Häuser-Programm 27

I

Infrastruktur 20, 22, 27, 38, 52
 Inklusion 12, 25 f., 29, 32, 32, 45, 47
 Innenraumentwicklung 14
 Innenstadt 24, 42 f.
 Integration 11, 20, 22, 25 ff., 29, 36, 50 f.
 Integrationsrat 25
 Integrationslotsen 25
 interkommunale Zusammenarbeit 13, 27, 52

J

Jugendarbeit 16
 Jugendhilfe 23
 Jugendkultur 50

K

Kaufhof 43
 Kinderarmut 20, 23

Kinderbetreuung 16 f., 24, 36
 Kindertageseinrichtung 16, 31 f.
 Kindertagespflege 16
 Kindertagesstätte 22 f., 31, 53
 Klimaschutz 42 ff., 48
 Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) 40
 kulturelle Bildung 50
 Kulturpolitik 49
 Kulturrucksack 39
 Kunsthaus 50

L

Leistungssport 53

M

Mehrgenerationenhäuser 17, 27
 Metropole Ruhr 13, 27, 35, 45
 Migration 7, 19, 25, 29, 32
 Mobilität 37, 41, 45 f., 48

O

Öffentlicher Verkehr (ÖV) 45
 Offene Ganztagschule (OGS) 30

P

Photovoltaik 42
 Prävention 21 f., 53

R

Radwege 47
 Ruhrbania 6, 34
 Ruhrpromenade 42

S

Schuldenbremse 12
 Schulsport 52
 Senioren-Wohngemeinschaften 17, 24
 Shared Space 43, 48
 Sicherheit 20, 48
 Sozialdialog 18
 Sozialraum 21, 24, 31
 Sozialraumorientierung 20, 24

Spielplätze 20
 Sportdialog 51
 Sportförderung 51 f.
 Sportstätten 52
 Stadtentwicklung 14, 17, 34, 39, 42 ff., 54
 Stadtquartier 21, 43
 Stadtteil 20 f., 23, 32, 34, 44, 50
 Stadtteilschule Styrum 33
 Stadtviertel 17, 40, 48
 Steuern 27, 40
 Styruer Tangente 36, 38

T

Teilhabe 9, 12, 16 ff., 21 ff., 26, 29, 30, 36 f., 45, 50

U

U3 31

V

Verband 13, 16 ff.
 Verbund 44, 49, 53
 Vereine 10, 17, 19, 22 f., 51 ff.
 Verkehrsführung 44
 Vernetzung 15 f., 31, 41, 43, 50
 VHS 33

W

Weiterbildung 33, 38
 Windenergie 41
 Wirtschaft 10, 18, 34 ff., 38,
 Wirtschaftsförderung 36 f.
 Wochenmarkt 43
 Wohlfahrtspflege 18
 Wohnen 21, 24, 27, 42 f.
 Wohnformen 24
 Wohnumfeld 20 f.

Z

Zuwanderer 20

Herausgeber: **SPD Mülheim an der Ruhr**
Auerstraße 13
45468 Mülheim an der Ruhr

Druck: Druckerei Richard Thierbach, Mülheim an der Ruhr

v.i.S.d.P.: Richard Luckau



www.spdmh.de

MÜLHEIM GEWINNT.

Am 25. Mai: Ihre Stimme für die SPD!